

WALTER STANWARD  
 BERLIN  
 1946

# VERORDNUNGSBLATT für Groß-Berlin

Herausgegeben vom  
 Magistrat von Groß-Berlin



4. Jahrgang / Nr. 17  
 Ausgabetag 28. April 1948

## Inhalt

### I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Tag	Seite	Tag	Seite
<b>Alliierte Behörden</b>		<b>Magistrat</b>	
14. 4. 1948	Anordnung Nr. BK/O (48) 63 der Alliierten Kommandantur Berlin, Nachtrag zum § 7 der Anordnung BK/O (46) 101a vom 26. Februar 1946 — Entnazifizierung . . . . .	9. 4. 1948	Personal und Verwaltung Ausführungsanweisungen zu den Bestimmungen über Auszahlung von Versorgungsbezügen vom 10. 3. 1947 . . . . .
14. 4. 1948	Anordnung Nr. BK/O (48) 64 der Alliierten Kommandantur Berlin, Nachtrag zur Anordnung BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946, Errichtung von Entnazifizierungskommissionen und Berufungsverfahren . . . . .	22. 4. 1948	Finanzwesen Anordnung über Aussetzung des Schuldendienstes von Groß-Berlin für das Rechnungsjahr 1948/49 . . . . .
	219		219
	219		222

### II. Amtliche Bekanntmachungen

Tag	Seite	Tag	Seite
<b>Magistrat</b>		<b>Verkehr und Versorgungsbetriebe</b>	
14. 4. 1948	Personal und Verwaltung Bekanntmachung über Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels . . . . .	15. 4. 1948	Bekanntmachung über Vertretung des Eigenbetriebes Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) . . . . .
	23		223
<b>Arbeit</b>		<b>Polizei</b>	
13. 4. 1948	Bekanntmachung über Anmeldung von Zellhornbetrieben . . . . .	14. 4. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Raude . . . . .
	223		223
<b>Bau- und Wohnungswesen</b>		<b>Justizbehörden</b>	
17. 3. 1948	Bekanntmachung einer Straßenumbenennung . . . . .		Bekanntmachungen der Gerichte . . . . .
	223		223

### III. Bekanntmachungen der Wirtschaft . . . . . 134

## I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen Alliierte Behörden

### Alliierte Kommandantur Berlin

Nachtrag zum Paragraphen 7 der Anordnung BK/O (46) 101 a vom 26. Februar 1946 — Entnazifizierung

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:  
 Folgender Nachtrag wird dem Paragraphen 7 der Anordnung BK/O (46) 101a vom 26. Februar 1946 hinzugefügt:  
 „Alle von den Bestimmungen des Teil II der Bestimmung Nr. 1 zur Anordnung BK/O (46) 101a betroffenen Personen die vorläufig in ihren Stellungen belassen wurden können, ebenso wie Entlassene, bei der Alliierten Kommandantur durch die Entnazifizierungskommissionen appellieren.“

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:  
 W. F. Maring jr. Oberstleutnant  
 Vorsitzführender Stabschef

Nachtrag zur Anordnung BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946 — Errichtung von Entnazifizierungs-Kommissionen und Berufungsverfahren

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:  
 Folgender Nachtrag wird dem Paragraphen 2 der Anordnung BK/O (46) 102 vom 26. Februar 1946 hinzugefügt:  
 „Die Entnazifizierungs-Kommissionen tragen auch die Verantwortung für die Verhandlung der Berufungsverfahren von allen von den Bestimmungen des Teil II der Bestimmung Nr. 1 zur Anordnung BK/O (46) 101a betroffenen Personen die vorläufig in ihren Stellungen belassen, ebenso wie von solchen, die entlassen wurden.“

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:  
 W. F. Maring jr. Oberstleutnant  
 Vorsitzführender Stabschef

## Magistrat

### Personal und Verwaltung

Ausführungsanweisungen zu den Bestimmungen über die Auszahlung von Versorgungsbezügen vom 10. März 1947 (VOBl. 1947, S. 69)

Auf Grund der Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 26. Februar 1947 — BK/O (47) 57 — sowie des Artikels IX der Bestimmungen über die Auszahlung von Versorgungsbezügen vom 10. März 1947 wird zur Ausführung der genannten Vorschriften folgendes bestimmt:

### Zu Artikel I

#### Versorgungsberechtigte

1. Nach Maßgabe der Bestimmungen über die Auszahlung von Versorgungsbezügen vom 10. März 1947 (abgekürzt: Versorgungsbestimmungen) und diesen Ausführungsanweisungen erhalten:

#### a) Ruhegehalt

1. Personen, die auf Grund ihres hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei einem der in Nr. 5 genannten Versorgungsträger zur Zeit der Besetzung ihres früheren dienstlichen Wohn-

- sitzen durch alliierte Truppen in den Jahren 1944 oder 1945 nach den damals geltenden Vorschriften einen Rechtsanspruch oder die Anwartschaft auf beamtenrechtliche oder beamtenrechtsähnliche Versorgung an Stelle oder neben den Leistungen aus der reichsgesetzlichen Rentenversicherung erworben und erhalten hatten;
- II. Personen, die auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenwesens vom 7. April 1933 oder sonst aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen in der Zeit des Naziregimes ihre Ansprüche oder Anwartschaften auf eine Versorgung im Sinne der vorstehenden Nr. 1 verloren haben;
- III. Personen, die in der Zeit des Naziregimes aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu einem der in Nr. 5 genannten Versorgungs-träger entlassen worden sind, wenn sie bei Fortsetzung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bis zum 8. Mai 1945 oder, falls sie die für ihre Berufsgruppe maßgebend gewesene Altersgrenze früher erreicht hätten, bis zur Erreichung dieser Altersgrenze oder bis zu ihrem vor den genannten Zeitpunkten erfolgten Tode Versorgungsrechte im Sinne der Nr. 1 erworben hätten;

b) Witwen- und Waisengeld

- I. Witwen und Waisen der nach Buchstaben a, Nr. I bis III, Ruhegehaltsberechtigten, wenn ihnen nach dem bis zum 8. Mai 1945 geltenden Recht Witwen- und Waisengeld oder entsprechende Versorgungsbezüge zugestanden haben oder hätten;
  - II. Witwen und Waisen, die ihre Ansprüche auf beamtenrechtliche oder beamtenrechtsähnliche Hinterbliebenenbezüge aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen in der Zeit des Naziregimes verloren haben.
2. Bei der Prüfung, ob Hinterbliebenen der in Nr. 1, Buchstabe a, Nrn. II und III, genannten Personen im Versorgungsfall nach dem bis zum 8. Mai 1945 geltenden Recht Versorgungsbezüge zugestanden hätten, ist zu unterstellen, daß die Entlassenen bis zum 8. Mai 1945 oder, falls sie die für die Versetzung in den Ruhestand in ihrer Berufsgruppe maßgebend gewesene Altersgrenze bereits früher erreicht hätten, bis zur Erreichung dieser Altersgrenze oder bis zu ihrem vor den genannten Zeitpunkten erfolgten Tode im Dienst geblieben wären.
  3. Beamtenrechtsähnlich im Sinne der Nr. 1 sind Versorgungsbezüge nur dann, wenn sie mindestens in der Höhe den beamtenrechtlich en Versorgungsbezügen entsprechen.
  4. Der Versorgungsanspruch im Sinne der Nr. 1 muß sich gegen die in der Nr. 5 genannten Versorgungsträger unmittelbar oder gegen nicht mehr bestehende oder stillgelegte Pensionskassen — die ganz oder zum überwiegenden Teil von den Versorgungsträgern im Wege der Beitragszahlung oder in anderer Weise unterhalten worden sind, gerichtet haben. Nehmen stillgelegte Pensionskassen ihre Zahlungen wieder auf, so erlöschen mit Beginn dieser Zahlungen die Ansprüche auf Grund der Versorgungsbestimmungen.
  5. Versorgungsträger im Sinne dieser Bestimmungen sind:
    - a) Stadt Berlin einsch. ihrer Eigenbetriebe und Anstalten ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie frühere Einrichtungen des Reichs, des Landes Preußen oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts, deren Aufgaben zur Zeit vom Magistrat von Groß-Berlin übernommen sind
    - b) Deutsches Reich, die Länder, Gemeinden, Gemeindezweckverbände und gemeindlichen Stadtzweckverbände auf dem Gebiete des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937,
    - c) sonstige Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts — mit Ausnahme der NSDAP und ihrer Einrichtungen —, die ihren Sitz innerhalb des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 hatten und überwiegend innerhalb dieses Gebietes tätig waren, wenn sie aufgelöst oder in Berlin nicht vertreten sind oder keine eigenen Einnahmen haben oder über ihre Einnahmen nicht verfügen dürfen.
    - d) In Formen des Privatrechts betriebene Unternehmen, deren gesamtes Kapital (Stammkapital, Grundkapital) sich in den Händen der unter a) bis c) genannten Versorgungsträger befand. Mit Ausnahme der Unternehmen, deren gesamtes Kapital sich in den Händen der Stadt Berlin befand, gelten auch hier die Einschränkungen wie für sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Buchstabe c).
  6. Keinen Anspruch auf Versorgungsbezüge haben Personen, die vor Eintritt des Versorgungsfalls, aber nach der Besetzung des Beschäftigungs-ortes durch alliierte Truppen aus einem Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst aus in ihrem Verhalten liegenden Gründen fristlos entlassen oder rechtskräftig zu einer Zuchthausstrafe oder zum Tode verurteilt worden sind. Beschäftigung im öffentlichen Dienst in diesem Sinne ist jede entgeltliche auf Dauer gerichtete hauptberufliche Tätigkeit im Dienste der Gebietskörperschaft Groß-Berlin der Länder oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Verbände von solchen. Ihr steht gleich die entgeltliche Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmungen, deren gesamtes Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich in öffentlicher Hand befindet. Eine Entlassung auf Antrag des Arbeitnehmers führt nicht zum Erlöschen des Versorgungsanspruchs, es sei denn, daß mit dem freiwilligen Ausscheiden eine drohende fristlose Entlassung umgangen worden ist. Der Magistrat kann Ausnahmen zulassen.

Zu Artikel II

Personen, die zu den in der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsanordnung genannten Personengruppen gehören.

7. Keine Versorgungsbezüge erhalten — soweit in Nr. 8 nichts anderes bestimmt ist — Personen, die zu den in der Bestimmung Nr. 1, Teil I und II zur Anordnung der Alliierten Kommandantur über die Entnazifizierung (BK/O 146) 101a vom 26. Februar 1946 (Verordnungsblatt Berlin S. 71) genannten Personengruppen gehören, ganz gleich, ob sie auf Grund der Anordnung entlassen worden sind oder nicht, solange ihre in der Entnazifizierungsanordnung vorgesehene Berufung keinen Erfolg gehabt hat.
8. Personen, die zu den im Teil II der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsanordnung genannten Personengruppen gehören, aber ihre Berufung im Entnazifizierungsverfahren noch nicht eingeleitet haben oder über deren Berufung noch nicht entschieden ist, erhalten Versorgungsbezüge wenn nicht auf Grund der Entnazifizierungsanordnung entlassen und nach Erlaß der Entnazifizierungsanordnung in Berlin in einer beauftragenden oder leitenden Stellung im Sinne des § 1 der Entnazifizierungsanordnung beschäftigt worden sind.

Die Tatsache einer solchen Beschäftigung ist durch die Vorlage einer Bescheinigung der Beschäftigungsstelle nachzuweisen, aus der ersichtlich ist, daß

- a) dem Arbeitgeber die Zugehörigkeit des Beschäftigten zu einer oder mehreren der im Teil II der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsanordnung genannten Personengruppen bekannt war,
  - b) die Beschäftigung in einer beauftragenden oder leitenden Stellung im Sinne des § 1 der Entnazifizierungsanordnung erfolgte,
  - c) der Arbeitgeber auch nach pflichtgemäßer und verantwortlicher Prüfung im Sinne der Vorschriften des Teiles II der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsanordnung die Beschäftigung für bedenkenfrei und zulässig hielt,
  - d) die Entlassung nicht aus Gründen der Entnazifizierung erfolgt ist.
9. Ziffer II des Teils II der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsanordnung findet auch Anwendung auf Berufsoffiziere und Beamte der Heere der deutschen Bundesstaaten, oder der deutschen Kriegsmarine oder der Schutztruppe, die nach Beendigung des ersten Weltkrieges (1914 bis 1918) aufgelöst worden sind, mit dem Range eines Oberstleutnants oder einem höheren Range oder entsprechenden Rängen.
  10. Die Berufung im Entnazifizierungsverfahren gilt erst nach Bestätigung des Beschlusses der Entnazifizierungskommission durch die zuständige Militärregierung oder die Alliierte Kommandantur als erfolgreich abgeschlossen (Zweiter Trockenstempel im Personalausweis). Versorgungsbezugsberechtigte, deren Berufung im Entnazifizierungsverfahren Erfolg hatte, erhalten Versorgungsbezüge erst vom Ersten des Monats ab, in dem ihr Antrag auf Eröffnung des Berufungsverfahrens in erster Instanz bei der zuständigen Entnazifizierungskommission eingegangen ist.
  11. Personen, die nach Nr. 8 Versorgungsbezüge erhalten, verlieren ihren Anspruch auf Versorgungsbezüge, wenn ihre Berufung im Entnazifizierungsverfahren von der deutschen Kommission abgelehnt wird. In diesen Fällen wird die Zahlung der Versorgungsbezüge mit Ablauf des Monats eingestellt, in dem die Entnazifizierungskommission entschieden hat. Wird der Berufung von einer höheren Entnazifizierungskommission stattgegeben, so wird nach Bestätigung des Beschlusses der Entnazifizierungskommission durch die zuständige Militärregierung oder die Alliierte Kommandantur die Zahlung der Versorgungsbezüge wieder aufgenommen und die nach Ablehnung der Berufung in erster Instanz nicht gezahlten Versorgungsbezüge nachgezahlt.
  12. Hinterbliebene der nach Nrn. 7 bis 11 vom Versorgungsbezug ausgeschlossenen Versorgungsberechtigten erhalten Hinterbliebenenversorgung, falls sie nicht für ihre Person nach den vorstehenden Bestimmungen vom Bezug ausgeschlossen sind.

Berufssoldaten und Militärbeamte

13. Berufssoldaten und Beamte der 1935 neugeschaffenen deutschen Wehrmacht und Angehörige und Beamte des freiwilligen und des Reichsarbeitsdienstes erhalten keine Versorgungsbezüge auf Grund ihres Dienstes in der Wehrmacht oder im Arbeitsdienst. Das gleiche gilt für ihre Hinterbliebenen.
14. Berufssoldaten und Militärbeamte, die aus den nach dem ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) aufgelösten Heeren der deutschen Bundesstaaten, der damaligen deutschen Kriegsmarine oder der Schutztruppe oder der Reichswehr mit Anspruch auf Versorgungsbezüge entlassen worden sind oder die bis zu ihrem Übertritt in die freiwillige oder Reichsarbeitsdienst oder die 1935 neugebildete deutsche Wehrmacht Anwartschaft auf Versorgung erworben hatten, erhalten Versorgungsbezüge im Rahmen und in Höhe der Versorgungsbestimmungen auch dann, wenn sie in den Arbeitsdienst oder die 1935 neugebildete deutsche Wehrmacht wieder eingetreten oder übergetreten sind. Entsprechendes gilt für Beamte der Zivilverwaltung, die in den Arbeitsdienst oder die neugebildete Wehrmacht als Berufssoldaten oder Beamte ein- oder übergetreten sind. Die Bestimmungen der Nrn. 7 bis 9 werden durch die vorstehenden Absätze nicht eingeschränkt.

Wohnsitz

15. Ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben Versorgungsberechtigte nur dann in Berlin, wenn sie in Berlin polizeilich gemeldet sind und Berliner Lebensmittellkarten beziehen. Bei Stellung des Antrages auf Zahlung von Versorgungsbezügen soll die polizeiliche Anmeldung des Versorgungsberechtigten vorgelegt werden.

Erwerbsunfähigkeit

16. Als erwerbsunfähig gilt:
  - a) wer infolge Krankheit, Gebrechen oder Schwäche außerstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräfte und Fähigkeiten entspricht und ihm unter Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu verdienen was gesunde Personen desselben Berufs und derselben Ausbildung in Berlin durch Arbeit zu verdienen pflegen,
  - b) wer als Mann das 65., als Frau das 60. Lebensjahr vollendet hat und nicht erwerbstätig ist oder eine zur Zeit der Vollendung des 65. oder 60. Lebensjahres ausgeübte Erwerbstätigkeit beendet hat,
  - c) eine Witwe, solange sie mindestens 3 waisengeldberechtigte Kinder oder mindestens 2 waisengeldberechtigte Kinder unter 6 Jahren erzieht,
  - d) eine Waise bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres, bei Schul- und Berufsausbildung bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres.

Eigees Einkommen

17. Der Vorschrift, daß der Versorgungsberechtigte über kein ausreichendes eigenes Einkommen verfügen darf, wird durch Anrechnung eines solchen Einkommens auf die Versorgungsbezüge im Rahmen der folgenden Bestimmungen genügt.
18. Eigenes Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist jedes lohn- oder einkommensteuerpflichtige Einkommen nach Abzug der Lohn- oder Einkommensteuer und des vom Versorgungsberechtigten zu tragenden Anteils am Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung. Zum eigenen Einkommen gehören auch Krankengeldbezüge aus der Sozialversicherung. Bei einem Ruhegehaltsanspruch ist auch das Einkommen zu berücksichtigen, das er aus gesetzlicher oder vertraglicher Nutznießung des im Eigentum seiner Ehefrau oder seiner Kinder stehenden Vermögens erwirbt. Einkommen- oder lohnsteuerpflichtige Versorgungsbezüge, die nach Nrn. 54 bis 57 auf die Versorgungsbezüge anzurechnen sind, bleiben bei einer Regelung nach Nrn. 19 und 20 unberücksichtigt.
19. Übersteigt das eigene Einkommen des Versorgungsberechtigten monatlich 200,— RM, so werden die monatlichen Versorgungsbezüge um den Mehrbetrag gekürzt. Bei Krankengeldbezügen werden die Versorgungsbezüge nur geändert, wenn eine besondere Notlage nachgewiesen wird.

20. Bei Versorgungsberechtigten, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, kann statt des monatlichen Einkommens das Jahresinkommen (Kalenderjahr) der Kürzung zugrunde gelegt werden. Dabei tritt an die Stelle des Freibetrages von monatlich 200,— RM ein Freibetrag von jährlich 2 400,— RM.  
Bezieht der Versorgungsberechtigte nur für einen Teil des Kalenderjahres Versorgungsbezüge, so ist ein dem Zeitraum des tatsächlichen Versorgungsbezugs entsprechender Bruchteil des Freibetrages für die Kürzung maßgebend.  
Die Versorgungsbezüge können schon im Laufe des Kalenderjahres entsprechend gekürzt werden.

Zu Artikel III

- 21. Versorgungsbezüge nach diesen Bestimmungen werden auf Antrag gewährt.  
Der Antrag ist an die Versicherungsanstalt Berlin zu richten.
- 22. Die Versicherungsanstalt Berlin prüft die Berechtigung, setzt die Versorgungsbezüge fest und übernimmt die Zahlung.
- 23. Unrichtige Festsetzungsbescheide können mit rückwirkender Kraft berichtigt werden. Die überzahlten Versorgungsbezüge können in Ausgabe belassen werden, wenn die Rückforderung unbillig wäre und der Versorgungsberechtigte an der unrichtigen Festsetzung keine Schuld trägt.
- 24. Die Erwerbsunfähigkeit im Sinne von Nr. 16 (Buchstabe a) wird in dem bei der Versicherungsanstalt Berlin üblichen Verfahren festgestellt.
- 25. Ruhegehaltsberechtigte, die noch nicht 65 Jahre alt sind, aber bereits wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt waren, brauchen ihre Erwerbsunfähigkeit nicht erneut nachzuweisen; sie gelten als erwerbsunfähig. Bestehen Zweifel, ob die Versetzung in den Ruhestand wegen dauernder Dienstunfähigkeit erfolgt ist, so kann die Versicherungsanstalt Berlin die ärztliche Feststellung der Erwerbsunfähigkeit anordnen.

Zu den Artikeln IV bis VII  
Höhe und Berechnung des Ruhegehalts

Höhe

26. Ruhegehalt wird in Höhe der Versicherungsrenten der Sozialversicherung in Berlin (s. Tabelle zu § 57 der Satzung der Versicherungsanstalt Berlin vom 27. September 1946 oder Anlage zu den Versorgungsbestimmungen) gewährt. Die Bestimmungen über die Zahlung von Mindestrenten finden entsprechende Anwendung.

Ruhegehaltfähiges Dienst Einkommen

- 27. Bei der Festsetzung des Ruhegehalts treten an die Stelle des bei der Bemessung der Versicherungsrenten zu berücksichtigenden durchschnittlichen Monatsinkommens der letzten fünf Jahre die ruhegehaltfähigen, ruhegehaltfähigen oder sonstigen Dienstbezüge, die dem nach dem bis zum 8. Mai 1945 geltenden Recht gewährten Ruhegehalt Wartegeld oder entsprechenden Versorgungsbezügen zugrunde liegen.
- 28. Befand sich der Ruhegehaltsberechtigte zur Zeit der Besetzung seines dienstlichen Wohnsitzes durch alliierte Truppen in den Jahren 1944/45 noch nicht im Ruhestande und auch nicht im Wartestand, so ist das Ruhegehalt auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge festzusetzen, die der Ruhegehaltsberechtigte für Mai 1945 bezogen hat oder hätte, es sei denn, daß er nach der Besetzung, aber vor dem 8. Mai 1945, verstorben ist. Im zuletzt genannten Falle sind bei der für die Berechnung von Hinterbliebenenbezügen erforderlichen Feststellung des Ruhegehalts die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zu berücksichtigen, die für den Sterbemonat gezahlt worden sind oder zu zahlen gewesen wären.  
Auf Antrag kann an Stelle der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge das tatsächlich bezogene reichsrechtlich gekürzte Dienst Einkommen für Mai 1945 oder für den Sterbemonat berücksichtigt werden, soweit es ruhegehaltfähig war.
- 29. Soweit die Höhe von Teilen der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge oder der letzten Dienstbezüge vom Familienstand des Versorgungsberechtigten abhängig ist, werden sie in der Höhe berücksichtigt, die dem Familienstand des Versorgungsberechtigten zur Zeit des Bezuges der Versorgungsbezüge entspricht. Die Gewährung, die Erhöhung, die Herabsetzung und der Wegfall dieser Teile der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge usw. richtet sich nach den zuletzt dafür maßgebend gewesen Bestimmungen. Dabei tritt an die Stelle des Kinderzuschusses der Kinderzuschuß.  
Oblicher Sonderzuschuß wird als Bestandteil der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge usw. immer berücksichtigt, wenn dies nach den bis zum 8. Mai 1945 geltenden Versorgungsbestimmungen der Fall sein könnte.

Lebensalter

- 30. Die Höhe des Ruhegehalts richtet sich ferner nach dem Lebensalter des Ruhegehaltsberechtigten am Tage seiner Versetzung in den Ruhestand oder wenn er sich zur Zeit der Besetzung seines dienstlichen Wohnsitzes noch nicht im Ruhestande befand, nach seinem Lebensalter am 1. Januar 1947.
- 31. Das am Tage der Versetzung in den Ruhestand erreichte Lebensalter ist um die Zeit einer Wiederverwendung im öffentlichen Dienst zu erhöhen, wenn die Zeit der Wiederverwendung nach dem bis zum 8. Mai 1945 geltenden Vorschriften auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit anzurechnen war.
- 32. Ist der Ruhegehaltsberechtigte wegen Erreichung der für seine Berufsgruppe gesetzlich vorgeschriebenen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt worden, so erhält er Ruhegehalt nach der höchsten Altersstufe.
- 33. Ist der Ruhegehaltsberechtigte vor seiner Versetzung in den Ruhestand und vor dem 1. Januar 1947 verstorben, so ist für die Bemessung des Ruhegehalts das zum Zwecke der Berechnung der Hinterbliebenenbezüge festgestellte werden muß, das Lebensalter des Verstorbenen am Todestage maßgebend.
- 34. Ein höheres Lebensalter als das am 1. Januar 1947 erreichte wird in keinem Falle berücksichtigt.

Ruhegehaltfestsetzung in besonderen Fällen

Ehemalige Mitglieder der NSDAP usw.

- 35. Bei Ruhegehaltsberechtigten, die Mitglieder der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder des NSFK waren, aber Versorgungsbezüge erhalten, treten an die Stelle der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge im Sinne der Nummern 27 und 28 die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, die der Ruhegehaltsberechtigte
  - a) für Januar 1933 bezogen hat, wenn er vor dem 1. Februar 1933 der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder dem NSFK angehört hat,
  - b) für den dem Eintritt in die NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder dem NSFK vorhergehenden Monat bezogen hat, wenn der Eintritt nach dem 31. Januar 1933 erfolgte,

c) in der Eingangsgruppe seiner Laufbahn als Anfangsgehalt erhalten hätte, wenn er nach dem 29. Januar 1933 erstmalig in eine Planstelle eingewiesen worden ist und zu diesem Zeitpunkt der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder dem NSFK angehört hat. Bei der Feststellung der nach dem vorstehenden Absatz zu berücksichtigenden Dienstbezüge kann von den Sätzen der entsprechenden Gruppen der Besoldungs- oder Tarifordnungen und von den Laufbahnbestimmungen ausgegangen werden, die zur Zeit des Zusammenbruchs maßgebend waren.  
Für die Einreihung in die Altersstufe der Rententabelle gelten in diesen Fällen die Nummern 30-34.

Berufssoldaten und Militärbeamte

- 36. Die in Nr. 14 genannten Berufssoldaten und Militärbeamten erhalten Ruhegehalt, das unter Berücksichtigung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge festgesetzt ist, die den Versorgungsbezügen, mit denen der Ruhegehaltsberechtigte aus den Diensten der nach dem ersten Weltkrieg aufgelösten Heere der ehemaligen deutschen Bundesstaaten, der damaligen Kriegsmarine oder Schutztruppe oder der Reichswehr entlassen worden sind, zugrunde liegen oder die der Ruhegehaltsberechtigte vor seiner Überführung oder seinem Übertritt in den freiwilligen oder Reichsarbeitsdienst oder in die im Jahre 1935 geschaffene neue Wehrmacht zuletzt bezogen hat.  
Für die altersmäßige Einstufung in die Rententabelle ist das Lebensalter am Tage der Entlassung aus dem Dienste in Heeren der Bundesstaaten, der damaligen Kriegsmarine oder Schutztruppe oder der Reichswehr oder am Tage der Übernahme in die neue Wehrmacht maßgebend.

Politisch oder rassistisch Verfolgte

- 37. Personen, die aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen in der Zeit des Naziregimes ohne oder mit gekürztem Versorgungsbezug aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu den in der Nr. 5 genannten Versorgungsgruppen entlassen worden sind und nach Nr. 1 Abs. a) Nrn. II und III Anspruch auf Versorgung haben, erhalten Ruhegehalt in Höhe der Rente der höchsten Einkommens- und Altersstufe. Das gleiche gilt für Personen, denen frühere Ruhegehaltsansprüche aus den obengenannten Gründen ganz oder teilweise aberkannt worden sind.
- 38. Personen, die in der Zeit des Naziregimes aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen unter Zuhilfenahme des erdienten Ruhegehalts in den Ruhestand versetzt worden sind, erhalten Ruhegehalt in der Höhe, die sie nach diesen Bestimmungen erhalten würden, wenn sie bis zur Erreichung der nach den früheren Vorschriften für ihren Eintritt in den Ruhestand maßgebend gewesenen Altersgrenze oder, falls sie am 8. Mai 1945 diese Altersgrenze noch nicht erreicht hatten, bis zu diesem Tage im Dienst geblieben wären. Sind sie vor den genannten Zeitpunkten verstorben, so ist zu unterstellen, daß sie bis zum Todestage im Dienst verblieben sind.  
Danach sind bei der Festsetzung des Ruhegehalts die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge usw. zu berücksichtigen, die der Ruhegehaltsberechtigte durch Aufsteigen in der besoldungs- oder tarifrechtlich vorgesehenen Dienstaltersstufen in der Besoldungs- oder Vergütungsgruppe, in die er zur Zeit seiner Versetzung in den Ruhestand eingewiesen war, bis zu dem im vorstehenden Absatz genannten Zeitpunkt erreicht hätte. Von einer Überleitung dieser Ruhegehaltsberechtigten in die nach ihrer Entlassung oder Versetzung in den Ruhestand in Kraft getretenen Besoldungs- und Tarifordnungen kann abgesehen werden.
- 39. Personen, die gemäß § 6 BGG in den Ruhestand versetzt worden sind, erhalten nur dann ein nach Nr. 38 berechnetes Ruhegehalt, wenn sie nachweisen, daß die wahren Gründe für ihre Versetzung in den Ruhestand politischer, rassistischer, religiöser oder weltanschaulicher Natur waren.
- 40. Die Nrn. 37 bis 39 finden keine Anwendung auf solche politisch oder rassistisch Verfolgte, die der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder dem NSFK angehört haben. Der Magistrat kann Ausnahmen zulassen.

Dienstunfallverletzte

- 41. Ist die Dienstunfähigkeit eines Ruhegehaltsberechtigten Folge eines vor dem 8. Mai 1945 erlittenen Dienst- oder Betriebsunfalls im Sinne des früheren Rechts, so erhält der Ruhegehaltsberechtigte Ruhegehalt nach der höchsten Altersstufe.  
Das ruhegehaltfähige Dienst Einkommen wird nicht erhöht. Liegt dem früher bezogenen Ruhegehalt ein nach § 112 des Deutschen Beamtengesetzes in der Fassung des 3. Gesetzes zur Änderung des Deutschen Beamtengesetzes vom 21. Oktober 1941 — RGBI I S. 546 — erhöhtes ruhegehaltfähiges Dienst Einkommen zugrunde, so ist das ruhegehaltfähige Dienst Einkommen vor Festsetzung des nach den Versorgungsbestimmungen zu zahlenden Ruhegehalts nach den früher für die allg. Beamten-Versicherung geltenden Bestimmungen neu zu berechnen. Wehrdienstbeschädigung und gleichgestellte Beschädigungen (z. B. nach der Personenschadensverordnung) gelten nicht als Dienstunfall im diesem Sinne.

Kinderzuschuß

- 42. Neben dem Ruhegehalt wird Kinderzuschuß nach den Bestimmungen der Satzung der Versicherungsanstalt Berlin, aber bei Berufs- oder Schulausbildung bis zum vollendeten 24. Lebensjahre gewährt.

Hinterbliebenenbezüge

- 43. Witwen- und Waisengeld wird auf der Grundlage des Ruhegehalts berechnet, das der Ruhegehaltsberechtigte nach den Versorgungsbestimmungen und diesen Ausführungsanweisungen erhalten hat oder hätte.
- 44. Das Witwengeld beträgt 50 vH, das Waisengeld 40 vH des Ruhegehalts. Die Bestimmungen über die Zahlung von Mindestrenten in der Sozialversicherung finden entsprechende Anwendung.
- 45. Witwen- und Waisengeldberechtigte, die ihren früheren Versorgungsanspruch aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ganz oder teilweise verloren haben, erhalten Witwen- oder Waisengeld, das auf der Grundlage eines nach der höchsten Einkommens- und Altersstufe festgesetzten Ruhegehalts berechnet ist. Dies gilt nicht für Witwen- und Waisengeldberechtigte, die der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder dem NSFK angehört haben. Der Magistrat kann Ausnahmen zulassen.
- 46. Witwen- und Waisengelder dürfen zusammen nicht den Betrag des Ruhegehalts zuzüglich der Kinderzuschüsse übersteigen. Sind die Hinterbliebenenbezüge zusammen höher, so werden sie anteilmäßig gekürzt. Bei Hinterbliebenenbezügen nach Nr. 45 ist ein nach der höchsten Einkommens- und Altersstufe berechnetes Ruhegehalt zugrunde zu legen.

**Für sämtliche Versorgungsbezüge gemeinsam  
geltende Vorschriften**

**Beginn der Versorgungszahlung**

47. Die Zahlung der Versorgungsbezüge beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem erstmalig sämtliche Voraussetzungen für den Versorgungsbezug erfüllt sind, jedoch nicht vor dem Ersten des Monats, in dem der Antrag auf Zahlung bei der Versicherungsanstalt Berlin eingegangen ist. Bei Berechtigten, die die Altersgrenze (Nr. 16 Buchstabe b) noch nicht erreicht haben, beginnt die Zahlung nicht vor dem Wegfall der Krankengeldbezüge.

48. Bewilligte Versorgungsbezüge werden wegen Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit nicht entzogen, sondern im Falle der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Nrn. 19 und 20 gekürzt.

**Beendigung der Versorgungszahlung**

49. Der Anspruch auf Versorgungsbezüge erlischt mit Ablauf des Monats, in dem ein Versorgungsberechtigter

- stirbt,
- aus einem Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst im Sinne der Nr. 6 Abs. 2 aus einem in seinem Verhalten liegenden Grunde fristlos entlassen wird oder angesichts einer drohenden fristlosen Entlassung freiwillig ausgeschieden ist,
- zum Tode oder zu Zuchthaus rechtskräftig verurteilt wird. Der Magistrat kann in den Fällen des Buchstaben b) Ausnahmen zulassen. Der Anspruch auf Witwen- oder Waisengeld erlischt außerdem mit Ablauf des Monats, in dem
  - der Berechtigte sich verheiratet,
  - ein Waisengeldberechtigter das 18., bei Schul- oder Berufsausbildung das 24. Lebensjahr vollendet.

**Anrechnung von Sozialunterstützung**

50. Auf die Versorgungsbezüge sind die für den gleichen Zeitraum gezahlten Sozialunterstützungen einschli. Mietbeihilfen anzurechnen.

**Anrechnung von anderen Versorgungsbezügen**

**Mehrere Ansprüche auf Grund der Versorgungsbestimmungen**

51. Hat ein Ruhegehaltsberechtigter auf Grund der Versorgungsbestimmungen Anspruch auf mehrere Ruhegehälter, so wird nur das höhere Ruhegehalt gewährt.
52. Hat eine Ruhegehaltsberechtigte noch einen Anspruch auf Witwengeld nach den Versorgungsbestimmungen, so werden die höheren Versorgungsbezüge voll und die anderen zur Hälfte gewährt.
53. Hat ein Witwen- oder Waisengeldberechtigter auf Grund der Versorgungsbestimmungen Anspruch auf mehrere Witwen- oder Waisengelder, so werden nur die jeweils höheren Bezüge gewährt.

**Zusammentreffen von Versorgungsbezügen nach den Versorgungsbestimmungen mit Versorgungsansprüchen gegen andere öffentliche Kassen**

54. Erhält ein Ruhegehaltsberechtigter auf Grund eines Anspruchs noch ein Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Versorgung von einer anderen öffentlichen Kasse, so wird das Ruhegehalt nach den Versorgungsbestimmungen nur insoweit gewährt, als es das andere für den gleichen Zeitraum zustehende Ruhegehalt oder die ruhegehaltähnliche Versorgung übersteigt.
55. Erhält eine Ruhegehaltsberechtigte auf Grund eines Anspruchs noch ein Witwengeld oder eine wittwengeldähnliche Versorgung von einer anderen öffentlichen Kasse, so wird das Ruhegehalt nach den Versorgungsbestimmungen um die Hälfte der jeweils niedrigeren Versorgungsbezüge gekürzt.
56. Erhält eine Witwengeldberechtigte auf Grund eines Anspruchs noch ein Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Versorgung von einer anderen öffentlichen Kasse, so wird das Witwengeld nach den Versorgungsbestimmungen um die Hälfte der jeweils niedrigeren Versorgungsbezüge gekürzt.
57. Erhält ein Witwen- oder Waisengeldberechtigter auf Grund eines Anspruchs noch ein Witwen- oder Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung von einer anderen öffentlichen Kasse, so wird das Witwengeld nur insoweit gewährt, als es das andere Witwen- oder Waisengeld oder die ähnliche Versorgung übersteigt.

**Zusammentreffen von Versorgungsbezügen nach den Versorgungsbestimmungen mit Renten aus der Sozialversicherung**

58. Erhält ein Ruhegehalt-, Witwengeld- oder Waisengeldberechtigter noch eine Rentenerrente, Witwen- oder Waisentenrente aus der Rentenversicherung und beruhen die Ansprüche nach den Versorgungsbestimmungen auf einem früheren beamtenrechtlichen (Angestellte und Arbeiter) Versorgungsanspruch (Anwartschaft) im Sinne der Nr. 1, so werden die Versorgungsbezüge nur insoweit gewährt, als sie die entsprechenden Renten übersteigen.
59. Erhält ein Ruhegehaltsberechtigter, dessen Anspruch nach den Versorgungsbestimmungen auf einem früheren beamtenrechtlichen Versorgungsanspruch (Anwartschaft) beruht, und der sich am 8. Mai 1945 noch nicht im Ruhestande befand, noch eine Rentenerrente aus der Rentenversicherung, so wird das Ruhegehalt nur insoweit gewährt, als es die Rentenerrente übersteigt. Befand sich der Ruhegehaltsberechtigte am 8. Mai 1945 bereits im Ruhestande, so wird das Ruhegehalt in voller Höhe und die Rentenerrente nur insoweit gezahlt, als sie das Ruhegehalt übersteigt.
60. Erhält eine Ruhegehaltsberechtigte, deren Anspruch nach den Versorgungsbestimmungen auf einem früheren beamtenrechtlichen Versorgungsanspruch (Anwartschaft) beruht, noch eine Witwenrente aus der Rentenversicherung, so werden die höheren Bezüge voll und die niedrigeren zur Hälfte gewährt. Das gleiche gilt, wenn eine Witwengeldberechtigte, deren Anspruch nach den Versorgungsbestimmungen auf einem früheren beamtenrechtlichen Versorgungsanspruch (Anwartschaft) beruht, noch eine Rentenerrente aus der Rentenversicherung erhält.
61. Erhält eine Witwengeldberechtigte, deren Anspruch nach den Versorgungsbestimmungen auf einem früheren beamtenrechtlichen Versorgungsanspruch (Anwartschaft) beruht, und deren versorgungsberechtigter Ehemann sich am 8. Mai 1945 noch nicht im Ruhestande befunden hat, noch eine Witwenrente aus der Rentenversicherung, so wird das Witwengeld nur insoweit gewährt, als es die Witwenrente übersteigt. Befand sich der Ehemann am 8. Mai 1945 bereits im Ruhestande oder ist er vor dem genannten Zeitpunkt verstorben, so wird das Witwengeld in voller Höhe und die Witwenrente nur insoweit gezahlt, als sie das Witwengeld übersteigt. Für die Zahlung von Waisengeld an Berechtigte, die noch eine Waisentenrente aus der Rentenversicherung beziehen, gilt entsprechendes.

62. Renten aus Anlaß eines Unfalls stehen den Renten aus der Rentenversicherung gleich.

**Zusammentreffen von mehr als zwei Versorgungsansprüchen in einer Person**

63. Treffen mehr als zwei Versorgungs(Renten)ansprüche in einer Person zusammen, so sind zunächst die gleichartigen Bezüge (z. B. Ruhegehalt und Rentenerrente oder Witwengeld und Waisentenrente) und dann die Gesamtbeträge der gleichartigen Versorgungsbezüge miteinander nach Maßgabe der Nrn. 51 bis 61 zu regeln.

**Renten auf Grund freiwilliger Versicherung und OdF-Renten**

64. Renten aus der Sozialversicherung, die auf einer freiwilligen Versicherung beruhen, sind auf Versorgungsbezüge nach den Versorgungsbestimmungen nicht anzurechnen, ganz gleich, ob die Versicherung von Anfang an eine freiwillige war oder erst nach Wegfall der Versicherungspflicht freiwillig weitergeführt worden ist. Ebenso werden Renten die auf Grund der Verordnung über Rentenzahlung an Opfer des Faschismus vom 18. Februar 1947 (Verordnungsblatt Berlin S. 51) gewährt werden, auf Versorgungsbezüge nach den Versorgungsbestimmungen nicht angerechnet.

**Meldepflichten**

65. Der Versorgungsberechtigte (Ruhegehaltsberechtigte, Wittwengeld- und Waisengeldberechtigte) ist verpflichtet, der Versicherungsanstalt Berlin a) die Verlegung seines Wohnsitzes oder seines dauernden Aufenthaltes nach einem Orte außerhalb von Groß-Berlin, b) den Bezug oder die Änderung eines Einkommens oder einer Versorgung, c) die Änderung des Familienstandes unverzüglich und unaufgefordert anzuzeigen.
66. Kommt ein Versorgungsberechtigter den ihm nach Nr. 65 obliegenden Verpflichtungen nicht nach oder gibt er sein Einkommen oder eine andere Versorgung vorsätzlich oder grobfahrlässig zu niedrig an, so können ihm die Versorgungsbezüge ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden. Die Entscheidung trifft der Magistrat.

**Verfolgung der Versorgungsansprüche**

67. Gegen einen Bescheid der Versicherungsanstalt über die Nichtgewährung von Versorgungsbezügen oder ihre Höhe ist Beschwerde zulässig, die bei der Versicherungsanstalt Berlin einzulegen ist. Über die Beschwerde entscheidet der Magistrat — Abt. für Personal und Verwaltung —. Über Beschwerden, die die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit betreffen, entscheidet der Beschwerdeausschuß der Versicherungsanstalt Berlin, gegen dessen Entscheidung Beschwerde an das Sozialversicherungsmittels — Spruchausschuß — innerhalb eines Monats zulässig ist. Die Entscheidung des Spruchausschusses ist endgültig.

**Zu den Artikeln VIII und IX**

**Übergangs- und Schlußvorschriften**

68. Versorgungsberechtigte, die bis zum 30. Juni 1948 den Antrag auf Gewährung von Versorgungsbezügen auf Grund der Versorgungsbestimmungen bei der Versicherungsanstalt Berlin gestellt haben, erhalten, falls die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, Versorgungsbezüge rückwirkend ab 1. Januar 1947.
69. Ist ein Versorgungsberechtigter nach dem 1. Januar 1947 verstorben, so werden die rückständigen Versorgungsbezüge — ganz gleich, ob der Versorgungsberechtigte einen Antrag auf Zahlung der Versorgungsbezüge gestellt hatte — an die wittwen- oder waisengeldberechtigten Hinterbliebenen ausgezahlt, wenn diese Hinterbliebenen die Auszahlung bis zum 30. Juni 1948 beantragt haben. Sind wittwen- oder waisengeldberechtigte Hinterbliebenen nicht vorhanden oder haben sie die Kosten der letzten Krankheit und der Bestattung nicht getragen, so kann denjenigen Personen, die diese Kosten übernommen haben, ein entsprechender Teil der rückständigen Versorgungsbezüge ausgezahlt werden, wenn die Auszahlung bis zum 30. Juni 1948 beantragt wird. Auf Grund von Erbrechten können auf die Versorgungsbezüge keine Ansprüche geltend gemacht werden.
70. Auf Personen, die glaubhaft nachweisen, daß ihnen ihre Zugehörigkeit zu den in der Bestimmung Nr. 1 zur Entnazifizierungsverordnung genannten Personengruppen unbekannt war oder daß ihr früherer Antrag auf Eröffnung des Berufungsverfahrens von der Entnazifizierungskommission nicht angenommen worden ist, findet Nr. 10 Satz 2 keine Anwendung, wenn sie den Berufsungsantrag bis zum 30. Juni 1948 eingereicht haben. Der Beginn der Versorgungsanzahlung richtet sich in diesen Fällen nach den allgemeinen Vorschriften.
71. Soweit die Ausführungsanweisungen von den Versorgungsbestimmungen abweichen, entsprechen sie den später erlassenen oder geänderten Vorschriften der Rentenversicherung in der Sozialversicherung, die nach Artikel IX der Versorgungsbestimmungen entsprechend anzuwenden sind.
72. Diese Ausführungsanweisungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1947, Nrn. 17 bis 20 am 1. Januar 1948 in Kraft. Für die Zeit vom 1. Januar 1947 bis zum 31. Dezember 1947 gelten die Nrn. 17 bis 20 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der monatlichen Freigrenze von 200 RM der Betrag von 100 RM und an die Stelle der Jahresfreigrenze von 2400 RM der Betrag von 1200 RM tritt.

Berlin, den 9. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Personal und Verwaltung  
Theuner

**Finanzen**

**Aussetzung des Schuldendienstes von Groß-Berlin für das  
Rechnungsjahr 1948/1949**

Der Magistrat hat am 17. Dezember 1947 folgenden Beschluß (Nr. 603) gefaßt: Für das Haushaltsjahr 1948 wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für alle vor der Kapitulation aufgenommenen Schulden Groß-Berlins ausgesetzt. Diese Regelung gilt vom 1. April 1948 ab nicht mehr für die Schulden der Eigenbetriebe und der rein städtischen Gesellschaften.

Die Alliierte Kommandantur Berlin hat durch Anordnung BK/O (48) 57 vom 31. März 1948 diesen Magistratsbeschluß bestätigt und der Finanzabteilung des Magistrats das Recht übertragen, Abzahlung von Schulden städtischer Unternehmen und rein städtischer Gesellschaften zu gestalten, wenn es sich als zweckmäßig erweist.

Berlin, den 22. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Stellvertretender Oberbürgermeister  
L. Schroeder

## II. Amtliche Bekanntmachungen

### Magistrat

#### Personal und Verwaltung

##### Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel mit der Umschrift „Bezirksamt Lichtenberg Groß-Berlin“ Kennziffer 211 ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Sollen noch Bescheinigungen usw. mit einem Abdruck dieses Dienstsiegels vorgelegt werden, so sind sie einzuziehen und dem Bezirksamt Lichtenberg — Abteilung für Personal und Verwaltung — zur Nachprüfung vorzulegen.  
Berlin, den 14. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Personal und Verwaltung  
i. A. Schwartzinski

#### Arbeit

##### Anmeldung von Zellohornbetrieben

Es besteht Veranlassung, auf die Vorschrift von § 5 der Zellohornverordnung (RGBl. I S. 467) hinzuweisen, wonach die Inhaber von Zellohornbetrieben verpflichtet sind, 14 Tage vor der Eröffnung oder Verlegung derartiger Betriebe der zuständigen Behörde, das ist jetzt das Hauptamt für Arbeitsschutz, Mitteilung zu machen.

Die Anzeige muß folgende Angaben enthalten:

- a) Firma des Betriebsinhabers und Name des verantwortlichen Betriebsleiters,
- b) einen Lageplan, der die Entfernung von Nachbargebäuden und die Zwecke, denen diese dienen, erkennen läßt, bei mehrgeschossigen Gebäuden einen Grundriß der Betriebsräume mit Bezeichnung ihrer Verwendung, der Zugänge sowie der darüber- und darunterliegenden Stockwerke,
- c) Betriebsverfahren und Art der herzustellenden, zu lagernden oder zu belordernden Gegenstände,
- d) voraussichtliche Höchstmenge des an einem Tage zu verarbeitenden sowie des in den einzelnen Arbeits- und Lagerräumen aufzubewahrenden Zellohorns,
- e) Zahl der voraussichtlich zu beschäftigenden Arbeiter, getrennt nach männlichen, weiblichen und jugendlichen.

Diese Bestimmung bezweckt, die Aufsichtsbehörde in den Stand zu setzen, die Einrichtung dieser feuergefährlichen Anlagen in unzulänglichen Räumen zu verhindern bzw. rechtzeitig die zum Schutz der Beschäftigten und der Nachbarschaft erforderlichen Maßnahmen anzuordnen; ihre Nichtbeachtung macht den Unternehmer strafbar.

Berlin, den 15. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Arbeit  
Wald. Schmidt

#### Öffentliche Zustellungen

In Sachen des Wäschereibesizers Willy Zwanzig, Berlin NW 21, Birkenstraße 13a — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsbeistand Curt Wagner, Berlin W 50, Kurfürstendamm 17 —, gegen den ehemaligen Unteroffizier Karl Ruth vom Wachregiment Groß-Deutschland, jetzt unbekanntem Aufenthalts, beantragt der Kläger, den Beklagten kostenpflichtig, vorläufig vollstreckbar, zu verurteilen, an den Kläger 740,— RM nebst 4 Prozent Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung zu zahlen.

##### Begründung:

Der Beklagte übergab dem Kläger im Januar 1944 ein Schlafzimmer zur Unterstellung für eine monatliche Vergütung von 10,— RM.

Weiterhin hat der Kläger dem Beklagten in der Zeit von Januar 1944 bis Juli 1944 insgesamt für 300,— RM Tabakwaren geliefert.

Der Beklagte hat weder die Warenlieferung noch das Unterstellgeld für das Schlafzimmer bisher entrichtet.

Öffentliche Ladung an den ehemaligen Unteroffizier Karl Ruth, jetzt unbekanntem Aufenthalts.

In Sachen Zwanzig gegen Ruth wird der Beklagte zur mündlichen Verhandlung auf den 22. Juni 1948, 9.30 Uhr, vor das Amtsgericht Tiergarten, Berlin NW 40, Turmstraße 91, 1. Stock, Zimmer Nr. 400, geladen.  
Az. I. C. 857/47.

##### Amtsgericht Tiergarten

Die Frau Ruth Lemke, geborene Schmidt, in Berlin-Lichtenberg, Müllendorffstraße 32 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Edith Henning in Berlin W 50, Marburger Straße 3 —, klagt gegen ihren Ehemann, Fleischermeister Paul Lemke, früher in Berlin-Lichtenberg, Müllendorffstraße 32, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.  
Az. 12. R. 909/47.

Berlin-Zehlendorf, den 17. April 1948.  
Landgericht Berlin

In Sachen des Rechtsanwalts Dr. Walter Schmidt, Berlin-Charlottenburg 9, Lindenallee 7, als von der Britischen Militärregierung bestellter Custodian für das Grundstück Berlin NW 21, Widelstraße 12/13 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Franz Kohler, Berlin NW 21, Bredowstraße 2 —, gegen den Zimmermeister Martinus Kools, unbekanntem Aufenthalts, beantragt der Kläger den Beklagten kostenpflichtig, vorläufig vollstreckbar, zu verurteilen, an den Kläger einen Betrag von 600,— RM nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Juli 1947 zu zahlen.

#### Bau- und Wohnungswesen

##### Straßenumbenennung

Die Kaiserstraße (Verwaltungsbezirk Mitte) ist in Jacobystraße umbenannt worden.

Berlin, den 17. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Stellvertretender Oberbürgermeister  
L. Schroeder

#### Verkehr und Versorgungsbetriebe

##### Vertretung des Eigenbetriebes Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1948 sind zu ordentlichen Geschäftsleitern des Eigenbetriebes BVG mit der Dienstbezeichnung „Direktor“ bestellt worden die Herren

Dipl.-Ing. Johannes Warnke und  
Fritz Neubecker.

2. Die Leiter der Hauptabteilungen

„Fahrzeug-Unterhaltung“, Herr Gerasch,

„Elektrische Anlagen“, Herr Gregorik,

„Grundstücks- und Gebäudeverwaltung“, Herr Kopf

sind aus den Diensten des Eigenbetriebes BVG ausgeschieden.

3. Zum Leiter der Hauptabteilung „Elektrische Anlagen“ des Eigenbetriebes BVG ist Herr Brockmann bestellt.

4. Zum Leiter der „Hauptpersonalabteilung“ des Eigenbetriebes BVG ist Herr Rönisch mit einer Einzelvollmacht bis zur Höhe von 5000 RM bestellt.

5. Zum Leiter der „Hauptsozialabteilung“ des Eigenbetriebes BVG ist Herr Haupt mit einer Einzelvollmacht bis zur Höhe von 5000 RM bestellt.

Berlin, den 15. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Verkehr und Versorgungsbetriebe  
I. V. Kraft

#### Polizei

##### Ausbruch der Räude

In den Pferdebeständen der Firma Späth, Berlin-Zehlendorf, Fluckensteinallee 211, u. des Fuhrunternehmers Werner Herkner, Berlin N 113, Wichurstraße 51, wurde die Räude der Einhufer amtstierärztlich festgestellt. Die Schutzmaßnahmen richten sich nach den §§ 245 bis 258 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen zum Viebeschutzgesetz vom 25. Dezember 1911.  
Berlin, den 14. April 1948.

Der Polizeipräsident

### Justizbehörden

Der Beklagte hat seit dem 1. Dezember 1945 in dem vom Kläger verwalteten Hause Widelstraße 12/13 einen Laden gemietet. Die Miete beträgt monatlich 120,— RM. Der Beklagte ist vom 1. März bis 31. Juli 1947 mit der Miete im Rückstand.

Öffentliche Ladung an den Zimmermeister Martinus Kools zur Zeit unbekanntem Aufenthalts.

In Sachen Dr. Walter Schmidt gegen Kools wird der Beklagte zur mündlichen Verhandlung auf den 25. Mai 1948, 9 1/2 Uhr, vor das Amtsgericht Tiergarten, Berlin NW 40, Turmstraße 91, 1. Stock, Saal Nr. 400, geladen.  
Az. I. C. 1324/47.

##### Amtsgericht Tiergarten

Die Firma Krebs-Werbekunst KG in Dresden A 44, Fahrstraße 16 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Manfred Nickel in Dresden N. 6, Querllee 8 —, klagt gegen die Firma Hastrag Hallestellen-Reklame G.m.b.H., vertreten durch ihren Geschäftsführer Kaufmann Otto Kalkhoff, früher in Berlin W 50, Tauentzienstraße 15, wegen Wartungsvergütung mit dem Antrage auf Zahlung von 1607 RM nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 1. März 1946.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Amtsgericht in Berlin-Charlottenburg auf den 19. Juni 1948, 9 1/2 Uhr, geladen.  
Az. 4. C. 1077/1947.

Berlin-Charlottenburg, den 4. März 1948.

##### Amtsgericht Charlottenburg

Die Frau Alice Pohl, geb. Biedermann, in Rauen-Westend bei Fürstentwalle a. d. Spree, Bergschloßchenweg 6, klagt gegen I. Richard Schaefer, 2. dessen Ehefrau Elisabeth Schaefer, in Berlin-Bohnsdorf, Lindenstraße 81, zu 1. jetzt unbekanntem Aufenthalts — mit dem Antrage auf Verurteilung als Gesamtschuldner zur Herausgabe folgender Gegenstände an sie (Frau Alice Pohl):

- 1 Teppich, 1 Bettenumrandung, 1 Korridorläufer, 1 Aluminium-Korhnopf,
- 5 Steintöpfe, 8 Teegläser, 8 Weingläser, 1 Nickelkanne, 1 Schneckkanne,
- 1 Zuckerdose, 2 Sammeltassen, 6 Kaffeeassen (weiße Rose und Veilchen),
- 9 Abendbroitteller (weiße Rose und Veilchen), 1 Sahnetopf, 1 Kaffee-
- kanne, 2 Untertassen, 1 Untersatz, 4 Glasteller, 3 Glasuntersätze,
- 1 Kristallschale, 1 Kristallschale, 2 Kristallvasen, 2 braune Kristallvasen,
- 1 chinesische Vase, 1 Koksdose, 1 Obstschüssel (rosa Rosen), 1 Brot-
- mossler, 2 rindlederne Aktentaschen, 1 rosa seidene Unterrock (neu),
- Stoff für einen Rock (braune Wolle), 1 Kleid (braune Seide), Stoff zum
- Kleid (schwarze Seide), Stoff für Mantel (Bosatstoff), 1 Herrensport-
- jackett, 2 Herrenhosen (braun und grün), 1 Herrenoberhemd (braun ge-
- streift), 2 Herrenoberhemden (Seide), 2 Unterhemden, 2 Monturanzüge,
- 2 Unterhosen, 6 Paar Strümpfe, 6 Schlösser, 5 Damenschürzer (Seide),
- 3 Damenhemden (Seide), 3 Unterhemden, 2 Damenunterröcke (Seide),
- 8 Paar Strümpfe, 3 Socken, 1 Planne zum Dämpfen (Aluminium), 3 ei-

berne Abendbrotmesser, 1 Reisewecher, 1 Paar Sportschuhe (Damen), 1 Paar Einsteckschuhe, 1 Paar Pumps, 1 Sack Hartholz, einige Sofakissen.  
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits werden die Beklagten vor das Amtsgericht in Berlin-Köpenick, Mandrellaplatz 6, auf den 20. Mai 1948, 10 Uhr vorm., geladen.  
Az. 2 C 320/47.

Berlin-Köpenick, den 2. April 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Eigentümer Adam Nothnagel in Berlin Joachimstraße 10 pt. — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. M. Michaelen in Berlin, Stresemannstraße 56 —, klagt gegen den Syndikus Walter Wöttig, früher in Luckenwalde, Grabenstraße 5a—5b mit dem Antrage auf Verurteilung darn einzuwilligen, daß die im Grundbuche von Köpenick, Band 5, Blatt 593 in Abt. III unter Nr. 23 eingetragene Hypothek von 4933,14 RM nebst Zinsen und dem dazu für den Beklagten eingetragenen Pfandvermerk im Grundbuche gelöscht wird, und den Beklagten zu verurteilen, den Hypothekenbrief zu der genannten Post an den Kläger herauszugeben und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Berlin-Mitte, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 12—15, I. Stock, Zimmer 152, auf den 9. Juli 1948, 10 1/2 Uhr geladen.  
Az. 3. C. 97/46

Berlin, den 13. April 1948.  
Amtsgericht Berlin-Mitte

Der Dachdecker Hermann Wilke, Berlin-Niederschönhagen, Siegfriedstraße 20, vertreten durch den Prozeßbevollmächtigten Rechtsanwalt Fr. Heuser, Berlin-Pankow, Berliner Straße 13b, klagt gegen den Dachdeckermeister Walter Raasch, zuletzt wohhaft gewesen Berlin-Pankow, Mühlenthalstraße 76, Gartenb. part., zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, wegen Herausgabe bzw. Wertersatz mit dem Antrage, 7 eiserne Toefässer herauszugeben, im Unvermögenstalle 700 RM zu zahlen.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Berlin-Pankow, Zimmer 23, auf den 31. Mai 1948, 9 Uhr, geladen.  
Az. 32. C. 789/47.

Berlin-Pankow, den 2. April 1948.  
Amtsgericht Pankow

Der Heizungsmeister Bruno Döring in Berlin O 34, Gubener Straße 39, Quergeb. III links — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wilhelm Hoppe, Berlin O 112, Frankfurter Allee 79 — klagt gegen die Ehefrau Emilie Döring, geb. Pohl, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, früher in Berlin O 34, Gubener Straße 39, Quergeb. III, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 14. Juni 1948, 9 1/2 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 12. April 1948.  
Landgericht Berlin

Die Frau Eila Schmidt in Berlin-Neukölln, Pannierstraße 5 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Pickett in Berlin-Neukölln, Ganghofer Straße 1 —, klagt gegen den Walter Schmidt, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung aus Alleinschuld des Beklagten. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 19. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikastieg 8, Zimmer 8, auf den 28. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf-West, den 10. April 1948.  
Landgericht Berlin

Die Frau Auguste Rohrbach in Berlin Rathenower Straße 21 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hans Müller in Berlin, Alt-Moabit 126 —, klagt gegen den Hans Rohrbach, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung aus Schuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 19. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikastieg 8, Zimmer 8, auf den 5. Juli 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 19. März 1948.  
Landgericht Berlin

Frau Elisabeth Mamroth, geb. Saatz, Berlin-Grünwald, Wangenheimstraße 34 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Bock, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 36 — klagt gegen den Lagerverwalter August Göbel, früher Berlin SW 19, Neue Grünstraße 25, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wegen Einwilligung in die Umschreibung einer Hypothek mit dem Antrage, den Beklagten zu verurteilen, einzuwilligen, daß die im Grundbuche des Amtsgerichts Lichterfelde von Lichterfelde, Band 51, Blatt 1513 in Abteilung 3, II unter Nr. 4 eingetragene Hypothek von 2950 RM nebst Zinsen auf die Klägerin umgeschrieben wird und dem Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 21. Juli 1948, 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen beim Landgericht Berlin zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 10. Februar 1948.  
Landgericht Berlin

Der Labortortombesitzer Friedrich Bruch in Berlin-Wilmersdorf, Uhländstraße 79 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hans Gumpert, Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 56 —, klagt gegen den Jagdpächter Heinz Gollnow, früher in Berlin N 113, Schönhauser Allee 110, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Herausgabe.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 8. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 31. Juli 1948, 9 1/2 Uhr, geladen, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 9. April 1948.  
Landgericht Berlin

Die Frau Hildegard Fritzsche, geb. Liedtke, in Berlin N 20, Hochstraße 44 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hans Rosenthal, Berlin N 65, Müllerstraße 172a —, klagt gegen ihren Ehemann, den Bäcker Helmut Fritzsche, früher in Berlin N 20, Hochstraße 44, jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 31. Juli 1948, 9 1/2 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Berlin-Zehlendorf, den 6. April 1948.  
Landgericht Berlin

**Aufgebote**

Der Optiker Franz Richert und dessen Ehefrau Marta Richert, geb. Apol, beide in Berlin-Schmargendorf, Heligendammer Straße 9, haben das Aufgebot von zwei Hypothekenbriefen betreffend die für den Gutsbesitzer Wilhelm Grüneberg in Berlin im Grundbuche von Berlin-Schmargendorf, Band 44, Blatt 1954, in Abt. III unter Nr. 10 über 10 250 Goldmark und unter Nr. 12 über 2250 Goldmark eingetragenen Hypotheken beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt von Groß-Berlin, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 14. F. 8/48  
Berlin-Charlottenburg, den 10. Februar 1948.  
Amtsgericht Charlottenburg

Die Frau Hedwig Henkel, geb. Rose, in Berlin-Rahnsdorf, Blomener Straße 12, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Peyser in Berlin-Charlottenburg, Bismarckstraße 61, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes beantragt, der gebildet ist über eine Hypothek von 5000 GM für die Antragstellerin, eingetragen im Grundbuche von Wilmersdorf, Band 77, Blatt 2298, in Abt. III, Nr. 20. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag sechs Monate nach Aufdruck dieses Aufgebots, 11 Uhr, Zimmer 44, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 14. F. 95/47  
Berlin-Charlottenburg, den 17. März 1948.  
Amtsgericht Charlottenburg

Der Kaufmann Georg Friese, Berlin-Schöneberg, Grünwaldstraße 71, als Abwesenheitspfleger für den früheren Obersteuerrat Walter Fiedler, zuletzt wohhaft gewesen Berlin-Grünwald, Franzensbader Straße 19 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Kuntzel, Berlin-Schöneberg, Grünwaldstraße 70 —, hat das Aufgebot von Hypothekenbriefen, eingetragen im Grundbuche des Amtsgerichts Charlottenburg von Berlin-Grünwald, Band 28, Blatt Nr. 1116,

Abteilung 3 Nr. 4a 5 000 RM  
Abteilung 3 Nr. 5b 10 000 GM  
Abteilung 3 Nr. 7 4 500 GM

beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag sechs Monate nach Aufdruck dieses Aufgebots, 11 Uhr, Zimmer 44, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 14. F. 84/47  
Berlin-Charlottenburg, den 27. März 1948.  
Amtsgericht Charlottenburg

Das Aufgebot des Hypothekenbriefes über 12 000 RM, eingetragen im Grundbuche des Amtsgerichts Köpenick von Köpenick, Band 73, Blatt 799, in Abt. III Nr. 10, ist beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. August 1948, vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 2a, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls deren Kraftloserklärung erfolgen wird.

Az. 12. F. 20/47  
Berlin-Köpenick, den 24. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Das Aufgebot der auf den Namen der minderjährigen Anneliese und Waltraut Neumann ausgestellten Sparkassenbücher Nr. 71421 und 71541 der Sparkasse der Stadt Berlin, Sparkasse 161, Berlin Köpenick, ist beantragt.

Der Inhaber der Sparkassenbücher wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 19. August 1948, vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 2a, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Sparkassenbücher vorzulegen, widrigenfalls deren Kraftloserklärung erfolgen wird.

Az. 12. F. 23/47  
Berlin-Köpenick, den 9. April 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Die Frau Anita Stein — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Werner Vahldeek, Berlin W 45, Uhländstraße 156 —, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes, ausgestellt über die Gesamthypotheken von 27 000 Feingoldmark, eingetragen im Grundbuche von Treptow, Band 41, Blatt 1233, Abt. III, Nr. 10, und Blatt 1249, Abt. III, Nr. 7, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem am 3. Werktag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 21/46  
Amtsgericht Köpenick

Folgende Personen haben das Aufgebot der Hypothekenbriefe über folgende Hypotheken beantragt:

1. Fräulein Frieda Zabel in Neu-Ludwigsaue (Kr. Neuhagen), Hypothek von 2500 RM, eingetragen für Frä. Frieda Matthäus (Matthäus) im Grundbuche von Berlin-Biesdorf, Blatt 3115, in Abt. III unter Nr. 3.  
Az. 5. F. 6/48.
2. Der Buchhalter Richard Mierka in Berlin-Bahnhof, Waltersdorfer Straße 12; Hypothek von 1500 GM, eingetragen für Frä. Anna Mierka im Grundbuche von Mahlsdorf, Blatt 5624, in Abt. III unter Nr. 4.  
Az. 5. F. 39/47.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. August 1948, 12 Uhr, Zimmer 32, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Lichtenberg, den 19. März 1948.  
Amtsgericht Lichtenberg

Die Ehefrau Margarete Juckel, geb. Lerche, in Berlin-Steglitz, Holsteinische Straße 1 hat beantragt, den verschollenen Gustav Juckel, geboren am 22. Juni 1860, zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz, Holsteinische Straße 1, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 15. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Az. J. II. 32/48.

Berlin-Lichterfelde, den 3. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Frau Magdalene von Fischer-Treuenfeld, geb. Plettner, in Berlin-Charlottenburg, Bismarckstraße 66 — vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Windscheid in Berlin W 15, Fasanenstraße 68 —, hat das Aufgebot des angeblich in den letzten Kämpfen in Berlin im Kommandobunker Chausseestraße infolge Kriegseinwirkung verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Schöneberg, Band 143, Blatt 5233 — Eigentümer: Kaufmann Johannes Winkler in Berlin-Charlottenburg —, zu ihren Gunsten in Abteilung III unter Nr. 5 eingetragenen Darlehens-Hypothek von 10 000 RM — in Worten zehntausend Reichsmark — beantragt.

Der Inhaber der obengenannten Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem Aufgebotsstermin am ersten Werktag drei Monate nach Veröffentlichung des Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht in Zimmer 10 seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Az. 13. F. 10/48.

Berlin-Schöneberg, den 15. März 1948.  
Amtsgericht Schöneberg

Frau Emmy Böhm, geb. Paul, in Berlin-Zehlendorf, Leuchtenburgstraße 10, hat das Aufgebot der angeblich bei ihrem Bombentotalschaden im August 1943 vernichteten drei Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Berlin-Schöneberg, Band 149, Blatt 4639 — Eigentümer: Zahnarzt Max Maerlender in Goldbach, Kreis Osterburg, und Kaufmann Franz Maerlender in Berlin-Lichterfelde —, je zur Hälfte in Abteilung III eingetragenen Hypotheken:

- Nr. 15 von 624,50 GM Restaufgeld,
- Nr. 16 von 1498,00 GM Darlehen und
- Nr. 17 von 749,40 GM Darlehen

beantragt. Die Inhaber der obengenannten Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem Aufgebotsstermin am ersten Werktag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin ihre Rechte anzumelden und die Hypothekenbriefe vorzulegen, widrigenfalls die Urkunden für kraftlos erklärt werden.

Az. 13. F. 6/48.

Berlin-Schöneberg, den 25. März 1948.  
Amtsgericht Schöneberg

Frau Hertha Möbius, geb. Marzahn, in Berlin-Tegel, Schloßstraße 25, hat als Miterbin das Aufgebot des ihrem Vater, dem am 9. Februar 1945 verstorbenen Privatier Karl Marzahn, gehörigen, im Safe der Deutschen Bank in Berlin, Mauerstraße 26/27, infolge Kriegseinwirkung im Jahre 1945 verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Berlin-Schöneberg, Band 135, Blatt 4276 — Eigentümer: Backenmeister Adolf Keddli in Berlin-Tegel, jetzt in Frohse bei Schönebeck a. d. Elbe —, in Abteilung III unter Nr. 11 eingetragene Darlehenshypothek von 24 000 RM — in Worten vierundzwanzigtausend Reichsmark — beantragt.

Der Inhaber der obengenannten Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem Aufgebotsstermin am ersten Werktag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht in Zimmer 10 seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Az. 13. F. 13/48.

Berlin-Schöneberg, den 25. März 1948.  
Amtsgericht Schöneberg

Die verwitwete Frau Frieda Schwenkow, geb. Harre, Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Straße 122 — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Dumes, Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 14 —, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Spandau von Spandau, Band 306, Blatt 9432, in Abteilung III Nr. 1 für sie eingetragene Restkaufgeldhypothek von 50 000,— RM mit 4% jährlich verzinslich beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 31. August 1948, 12 00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 46, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 6. F. 3/48.

Berlin-Spandau, den 5. April 1948.  
Amtsgericht Spandau

Der Polizeiberater a. D. Walter Harre, Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 14, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Otto Dames, Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 14, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Spandau von Spandau, Band 306, Blatt 9432, in Abteilung III Nr. 2 für ihn eingetragene Restkaufgeldhypothek von 50 000,— RM mit 4% jährlich verzinslich beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 31. August 1948, 12 00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 46, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 6. F. 2/48.

Berlin-Spandau, den 5. April 1948.  
Amtsgericht Spandau

Im Grundbuch von Berlin, Tempelhof Vorstadt, Band 85, Blatt 2590, ist das Grundstück Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 14, eingetragen. In der Abteilung III, unter Nr. 11, steht für Frau Rita Wendl, geb. Kucharczyk, in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 11, eine Grundschuld von 60 000,— RM, und unter Nr. 13 eine Grundschuld von 45 000,— RM eingetragen. Die beiden hierüber ausgefertigten Grundschuldbriefe befinden sich in Verwahrung des Kaufmanns Hans Heinz Wendt in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 11. Infolge der Kriegseinwirkungen sind sie in Verlust geraten. Der Bevollmächtigte der Grundschuldgläubigerin, nämlich der Kaufmann Hans Heinz Wendt in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 11, beantragt das Aufgebotsverfahren.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 27. August 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Az. 15. II. 353/47.

Berlin SW II, den 16. Januar 1948.  
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Für Frau Minna Eters, geb. Hilgert, in Berlin lebt auf dem Grundstück Tempelhof Vorstadt, Band III, Blatt 3442, in Abt. III unter Nr. 15 a eine Hypothek von 3 750,— RM eingetragen. Das Grundstück gehört Herrn Bruno Grüttner in Berlin-Schöneberg, Inasbrucker Straße 20. Der Brief bestand sich in dem früheren Büro des Herrn Grüttner. Durch die Kriegsergebnisse ist er in Verlust geraten.

Der Eigentümer Grüttner hat das Aufgebotsverfahren beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 15. II. 1/48.

Berlin SW II, den 30. März 1948.  
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Für Frau Margarete Odle, geb. Dunkel, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 153 — vertreten durch den Abwesenheitspfleger Reichsbahnsekretär Christian Ihm in Berlin-Tempelhof, Werbergstraße 41 — steht auf dem Grundstück Marienfelde, Band 32, Blatt 1185, eine Restkaufgeldhypothek von 30 000,— GM eingetragen.

Der Brief befand sich im Besitz der Frau Odle bzw. ihres Ehemannes Armand Odle in Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 153. Seit Kriegsende ist das Ehepaar Odle und mit ihm der Brief verschwunden.

Der Abwesenheitspfleger Ihm hat das Aufgebotsverfahren beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 15. II. 2/48.

Berlin SW II, den 30. März 1948.  
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Die Ehefrau Elise Kubis, geb. Merlen, in Berlin SW 68, Dieffenbachstraße 75, bei Spieseecke, hat beantragt, ihren Ehemann, den Gärtner Friedrich Kubis, geboren am 25. Oktober 1870 in Lorzdorf, Krs. Namslau, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 68, Besselstraße 16 für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 17. Juni 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 15. II. 2/47.

Berlin SW II, den 8. April 1948.  
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Schriftsteller Erich von Michaels in Berlin-Schlachtensee, Breisgauer Straße 4, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die in Abt. III Nr. 9 des Grundbuchs von Zehlendorf, Blatt 584, für den Major Heinrich Otto von der Decken in Michendorf eingetragene Post von 43 000,— GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Werktag nach Ablauf von 6 Wochen seit der Bekanntmachung dieses Aufgebots vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 8. F. 4/48.

Amtsgericht Zehlendorf

### Todeserklärungen

Der Paul Leo aus Berlin-Johannisthal, geboren am 29. Juli 1867 in Charokow, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 31. März 1945, 24 Uhr, festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 46/46, Trept.

Berlin-Köpenick, den 30. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Polierer Otto Schaaß aus Berlin-Treptow, geboren am 16. Mai 1906 in Berlin, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 22. Juli 1944, 24 Uhr, festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 78/47, Trept.

Berlin-Köpenick, den 25. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Arbeiter Otto Buchwald aus Berlin-Baumenschulenberg, geboren am 4. Juni 1908 in Berlin-Treptow, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 19. September 1946, 24 Uhr, festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 113/47, Trept.

Berlin-Köpenick, den 24. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Walter Neudewitz aus Berlin-Treptow, geboren am 20. Juli 1896 in Berlin, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 31. Dezember 1928 festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 115/47, Trept.

Berlin-Köpenick, den 25. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Schneider Fritz Mielich aus Berlin-Treptow, geboren am 2. August 1899 in Potsdam, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 18. Januar 1945, 24 Uhr, festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 119/47, Trept.

Berlin-Köpenick, den 25. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Der Karl Wühl aus Berlin-Neukölln, geboren am 27. September 1900 in Leipzig, wird hiermit für tot erklärt. Als Zeitpunkt seines Todes wird der 28. Februar 1945, 24 Uhr, festgestellt.

(§§ 1, 4, 7, 9 V. G.)

Az. 4. II. 120/47, Trept.

Berlin-Köpenick, den 30. März 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Auf Antrag der Ehefrau Hedwig Hitz, geb. Mücke, Berlin-Steglitz, Sedanstraße 5, wird der am 16. Februar 1946 erfolgte Tod des Autoschlossers Rudolf Hitz, geboren am 5. Oktober 1903 in Berlin-Steglitz und zuletzt in Berlin-Steglitz, Sedanstraße 5 wohnhaft, festgestellt.

Az. 3. II. 320/47.

Berlin-Lichterfelde, den 3. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag des Horst Görkenberg, Berlin-Südende, Kelchstraße 5, wird der am 24. Januar 1945 erfolgte Tod der Ehefrau Gisela Görkenberg, geb. Frühwein, geboren am 9. August 1921 in Hanau, zuletzt in Berlin-Südende, Kelchstraße 5 wohnhaft, festgestellt.

Az. 3. II. 127/47.  
Berlin-Lichterfelde, den 5. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Margarete Schaff, geb. Eichelkraut, Kassel, Wittichstraße 4, wird der kaufmännische Angestellte Hermann Adolf Scharf, geboren am 12. Juni 1891 in Freiburg (Schlesien) und zuletzt in Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 75a wohnhaft, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 2. Februar 1945 festgestellt.

Az. 3. II. 6/48.  
Berlin-Lichterfelde, den 6. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag des Hans Nowak, Berlin-Friedrichshagen, Marienwerder Weg 2, wird die Frau Bela — früher Hedwig — Nowak, geb. Zöllner, geboren am 27. März 1881 in Gnesen, zuletzt in Berlin-Steglitz, Menckenstraße 7 wohnhaft, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 15. Juni 1944 festgestellt.

Az. 3. II. 100a/47.  
Berlin-Lichterfelde, den 7. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der unverheirateten Gertrud Wattenbach, Berlin-Steglitz, Ahornstraße 6, wird am 30. April 1945 erfolgte Tod des Städtsekretärs Erich Wattenbach, geboren am 30. März 1898 in Berlin und zuletzt in Berlin-Steglitz, Ahornstraße 6 wohnhaft, festgestellt.

Az. 3. II. 40/48.  
Berlin-Lichterfelde, den 9. April 1948.  
Amtsgericht Lichterfelde

Durch Beschluß vom 24. März 1948 ist der Tod des am 10. Februar 1916 in Berlin geborenen, zuletzt in Berlin-Neukölln Pfingsterstraße 4, wohnhaft gewesenen Bäckergehilfen Kurt Masur und als Todestag der 14. Dezember 1942 festgestellt.

Az. 19. II. 1/48.  
Berlin-Neukölln, den 24. März 1948.  
Amtsgericht Neukölln

Durch Beschluß vom 28. November 1947 ist der Maurer Wilhelm Breitzke, geboren am 21. November 1899 in Hohenkrug, Kreis Greifenhagen, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Weichselstraße 68, für tot erklärt worden. Als Zeitpunkt des Todes ist der 31. Mai 1945 festgestellt.

Az. 6. P. 19/47.  
Berlin-Neukölln, den 2. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln

Auf Antrag der Frau Cécile Haberlah, Berlin-Pankow, Kissingenstraße 39, wird ihr verschollener, am 30. September 1911 geborener, zuletzt in Berlin-Pankow, Kissingenstraße 46 wohnhafter Ehemann Alexander Haberlah für tot erklärt und als Zeitpunkt seines Todes der 22. Dezember 1942 festgestellt.

Az. 4. II. 75/47.  
Berlin-Pankow, den 31. März 1948.  
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag der Frau Anna Strempe, Berlin-Pankow, Florastraße 80, wird ihr verschollener Ehemann der am 24. Juli 1893 geborene Schlosser Fritz Strempe, für tot erklärt und als Zeitpunkt seines Todes der 17. Februar 1945 festgestellt.

Az. 4. II. 143/47.  
Berlin-Pankow, den 31. März 1948.  
Amtsgericht Pankow

Der Rentner Karl Manzen, geboren den 8. September 1867 in Neparnitz, Köpen, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 68, Brandenburgstraße 14, wird auf Antrag des kaufmännischen Angestellten Max Manzen in Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 64, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 3. Februar 1945 festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.

Az. 15. II. 48/47.  
Berlin SW II, den 25. September 1947.  
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Durch Beschluß vom 18. März 1948 ist die verschollene Ehefrau Gertrud Buche, geb. Keitath, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Torstraße 24, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 9. März 1945 festgestellt worden.

Az. 2. II. 257/47.  
Amtsgericht Wedding

Durch Beschluß vom 1. April 1948 ist der Polizeihauptmann Erich Hoppe, früher wohnhaft in Berlin N 65, Glasower Straße 24a, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 15. März 1945 festgestellt worden.

Az. 2. II. 228/47.  
Berlin N 20, den 1. April 1948.  
Amtsgericht Wedding

Durch Beschluß vom 5. Februar 1948 ist der Gerber Daniel Ludwig Mertinell, geboren 31. Juli 1859, zu Taurögen, zuletzt in Newark (New Jersey), vorher in Berlin N 20, Grünthaler Straße 5, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 31. Dezember 1907 festgestellt worden.

Az. 2. II. 33/47.  
Berlin N 20, den 7. April 1948.  
Amtsgericht Wedding

Auf Antrag der Frau Ilse Frankenthal, geb. Hinrichsen, in Brunsum, Holland, vertreten durch Rechtsanwalt Hans Aldenhoff in Berlin-Zehlendorf, Kronprinzessine 239, werden

- ihre Ehemann, der am 27. November 1885 geborene Dr. Ludwig Frankenthal,
  - ihre Söhne Günther Frankenthal, geboren am 18. September 1929, Wolfgang Frankenthal, geboren am 10. Juni 1931 (landesamtliche Urkunden sind nicht vorhanden) sämtlich zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Dahlem, Löhlestraße 11, für tot erklärt und als Zeit des Todes der 15. Oktober 1944 festgestellt.
- Die gerichtlichen Kosten des Verfahrens werden niedergeschlagen.

Az. 8. II. 7/47.  
Amtsgericht Zehlendorf

Auf Antrag der Frau Hedwig Steffen, geb. Flach, in Berlin-Zehlendorf, Forststraße 24, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Louis, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 8, wird der Versicherungsbeamte Carl Steffen, geboren am 13. Juli 1884 in Wolgast, Geb.-Reg. Nr. 143/1884 des Standesamtes Wolgast, verheiratet seit dem 10. Oktober 1906, Standesamt II, Berlin-Charlottenburg, Nr. 640/1906 zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Zehlendorf, Forststraße 24, für tot erklärt und als Zeit des Todes das Ende des 30. September 1945 festgestellt.

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen außergerichtlichen Kosten der Antragstellerin fallen dem Nachlaß zur Last.

Az. 8. II. 13/47.  
Amtsgericht Zehlendorf

### Konkurrenz

Über das Vermögen des Johann Dobrovits, Inhaber einer Motor-reparaturwerkstatt in Berlin-Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 118, Privatwohnung Karl-Janisch-Straße 44, ist am 9. April 1948, 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Willy Meyer, Berlin-Spandau, Schönwalder Straße 13/14. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. Juni 1948. Erste Gläubigerversammlung 19. Mai 1948, 11 Uhr. Prüfungstermin am 7. Juli 1948, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude, Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Zimmer 160, I. Stock. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948.

Az. 30. N. 23/48.  
Amtsgericht Berlin-Mitte

Über das Vermögen des Ingenieurs Gerd Trupke, Inhaber der nicht-eingetragenen Firma Gerd Trupke, Heizungs-, Gas- und Wasser-Anlagen, Berlin-Adlershof, Volkswohlstraße 125, Privatwohnung in Rauchfangswerder bei Berlin Arggalle 18, ist am 9. April 1948, 13 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Theodor Baudach, Berlin-Oberschöneweide, Heimboltstraße 18. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 16. Juni 1948. Erste Gläubigerversammlung 21. Mai 1948, 11 Uhr. Prüfungstermin am 16. Juli 1948, 11 Uhr im Gerichtsgebäude, Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Zimmer 160, I. Stock. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948.

Az. 30. N. 19/1948.  
Amtsgericht Berlin-Mitte

### Nachlasssachen

#### Öffentliche Aufforderung

Die Rentnerin Fräulein Anna Siewert ist etwa am 18. März 1947 in Berlin-Neukölln, Hobeckstraße 45, ihrem letzten Wohnsitz, verstorben. Da ein Erbe nicht ermittelt worden ist, werden diejenigen, denen Erbrechte an dem Nachlaß zustehen, hiermit aufgefordert, ihre Erbrechte bis zum 1. Oktober 1948 bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden. Andernfalls wird festgestellt werden, daß ein anderer Erbe als die Stadt Berlin nicht vorhanden ist.

Az. 5. VI. 221/47.  
Berlin-Neukölln, den 13. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln

### Handelsregister

(Für die Angaben in (—) übernimmt das Registergericht keine Gewähr)

#### Amtsgericht Berlin-Mitte

In unser Handelsregister, Abteilung B, ist eingetragen:

Am 20. Mai 1947. Abteilung 64.

B. 717/Nz. Ringel-Waren Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Schöneberg, Meraner Straße 11).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 14. April 1947 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefaßt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten zwei gemeinschaftlich die Gesellschaft.

Theodor Sichert ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum weiteren Geschäftsführer ist bestellt: Kaufmann Arthur Janicke, Berlin.

Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: Der Handel mit Werkzeugen, Eisenwaren jeder Art, Haus- und Küchengeräten und sonstigem Siedlerbedarf. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das durch die Anordnung des Kontrollrats an die Stelle des Reichsanzeigers getretene Blatt.

Am 9. August 1947. Abteilung 62.

#### Neueintragungen

B. 2105/Nz. Berliner Schrauben Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 23).

Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Schrauben, Muttern und Nieten sowie sonstigen Klein-Eisenwaren und Eisenwaren aller Art.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juli 1947 nach Abänderungen vom 6. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum ordentlichen Geschäftsführer ist der Kaufmann Werner Gründel, Berlin, zum stellvertretenden Geschäftsführer der Kaufmann Erich Stenschke, Berlin, bestellt. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das amtliche Publikationsorgan des Registergerichts.

B. 2106/Nz. Armaturen- und Apparatebau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vormals Friedrich Schuhmacher, Metallwaren, Inhaber Albert Wagner, (Berlin SW 29, Havenheide 119).

Gegenstand des Unternehmens: Fortführung der bisherigen Einzelfirma Friedrich Schuhmacher, Metallwaren, Inhaber Albert Wagner, die sich speziell mit der Fabrikation sämtlicher Armaturen für Gas-, Wasser-, Spiritus-, Petroleum-, Benzin- und sanitäre Anlagen befaßt.

Stammkapital: 23 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Februar 1947 mit Abänderungen vom 5. Mai 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Mechanikermeister Albert Wagner, Berlin, Frau Erna Wagner, geb. Ziemke, Berlin. Die Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 1956 geschlossen. Sie verändert sich jeweils um weitere zehn Jahre, wenn sie nicht sechs Monate vor Ablauf der vertraglichen Zeit gekündigt wird.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft einbezahlt von den Gesellschaftern Albert Wagner und Frau Erna Wagner Rohstoffe und Darlehen nach den zu den Akten eingereichten Unterlagen zum Werte von 1 300,— RM bzw 11 700,— RM unter Anrechnung dieser Beträge auf die Stammeinlagen der Gesellschafter Albert Wagner bzw Frau Erna Wagner. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die „Berliner Zeitung“.



B. 2107/Nz. Berlinische Bodengesellschaft Zweigniederlassung Berlin (Lichterfeld-West, Augustastraße 14) der in Hamburg befindlichen gleichlautenden Hauptniederlassung.

Gegenstand des Unternehmens: Die Finanzierung und die Ausführung von Bauten aller Art sowohl auf eigenen als auch fremden Grundstücken sowie der Betrieb aller Geschäfte, welche in Zusammenhang hiermit stehen. Die Gesellschaft darf sich auch an Unternehmungen in jeder Form beteiligen, deren Geschäftsbetrieb zu dem Zwecke der Gesellschaft in Beziehung steht.

Stammkapital: 5 100 000.— RM.

Prokuristen: Karl Weweler, Berlin, Bruno Grosser, Berlin, Wilhelm Boddicke, Essen. Je zwei von ihnen sind gemeinschaftlich oder einer von ihnen in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied vertretungsberechtigt. Einzeiprokurist: Kurt Neumann, Bad Bramstedt.

Rechtsverhältnisse: Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Februar/15. März 1890 festgestellt, seitdem mehrfach geändert, am 25. November 1938 neu gefaßt und sodann am 27. Oktober 1942 und am 24. April 1946 (§ 1 — Sitz der Gesellschaft) wiederum geändert worden. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Jedoch ist der Aufsichtsrat ermächtigt, einem Vorstandsmitglied die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu erteilen. Amtsgerichtsrat Dr. jur. Ernst Lührse, Berlin, ist zum Vorstandsmitglied bestellt.

#### Veränderungen

B. 1760/Nz. Gebrüder Schmidt Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Heinersdorf, Rottenbeckstraße 46/47).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 24. April 1947 ist das Stammkapital um 480 600.— RM auf 789 400.— RM in erleichterter Form herabgesetzt und die Satzung entsprechend in § 4 (Stammkapital, Stammeinlagen) geändert.

B. 56 048. Anton Flottner Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (SO 36, Eisenstraße 87/88).

Durch Anordnung des Bezirksamts Treptow von Groß-Berlin vom 4. Januar 1946 sind Ferdinand Gropp, Kaufmann, Berlin, Hans Ulrich Sommerer, Ingenieur, Berlin, zu Treuhändern bestellt.

B. 57 620. „Gro-Te-Go“ Gesellschaft für Textilgroßhandel mit beschränkter Haftung. Berlin (Grünwald, Hohenzollerndamm 46/47).

Prokurist: Georg Maass, in Berlin. Er vertritt die Gesellschaft mit einem Geschäftsführer. Die Prokuren für Gustav Busse und Georg Reckten sind erloschen. Dr. Franz Morche und Erich Hillme sind nicht mehr Geschäftsführer. Paul Krenz, Kaufmann, Berlin, Friedrich W. Schlösser, Kaufmann, Herford, sind zu Geschäftsführern bestellt.

#### Abteilung 64.

#### Löschung

B. 59 068. „Nabben“ Handels-Aktiengesellschaft, Berlin (C 2, Monbijouplatz 1 b, Willy Riemer).

Die Gesellschaft ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 (RGBl. I. S. 114) gelöscht.

Am 12. August 1947. Abteilung 62.

#### Neueintragungen

B. 2112/Nz. Richard Arndt Gesellschaft mit beschränkter Haftung Vermessungen, Planungen und Architektur. Berlin (Niederschönhausen, Platanenstraße 15 d).

Gegenstand des Unternehmens: Durchführung sämtlicher Aufgaben auf dem Gebiet des Vermessungswesens und verwandter Arbeitsgebiete.

Stammkapital: 80 000.— RM.

Prokuristen: Der Frau Erna Arndt, geb. Kaltoch, ist Einzelprokura erteilt.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Juni 1947 mit Abänderung vom 5. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Vermessungsingenieur Richard Arndt, Berlin, bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das amtliche Publikationsorgan des Registergerichts.

B. 2114/Nz. We-Be Walter Buchmüller Herrenkleiderfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin C 2, Rosenstraße 1).

Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation und Vertrieb von Herren- und Knabenoberbekleidung sowie Berufsbekleidung jeder Art.

Stammkapital: 50 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Kaufmann Walter Buchmüller, Berlin-Biesdorf-Süd, ist zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Der Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 31. Dezember 1952 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Wird eine Kündigung nicht ausgesprochen, so verlängert sich der Vertrag jeweils um weitere drei Jahre. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Walter Buchmüller das ihm gehörige, handelsregisterlich nicht eingetragene Geschäft einer Fabrikation für Herren- und Knabenoberbekleidung sowie Berufsbekleidung jeder Art, und zwar zum angenommenen Werte von 40 000.— RM unter Anrechnung dieses Betrages auf seine Stammeinlage.

B. 2115/Nz. „Energiehilfe“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Charlottenburg 4, Bismarckstraße 33).

Gegenstand des Unternehmens: Förderung der Energiewirtschaft, insbesondere a) durch Aufklärung der Fachleute durch Wort und Schrift (Einzelpersonen und Unternehmen);

b) durch Aufklärung und Beratung der Öffentlichkeit sowie einzelner Verbraucher oder Verbrauchergemeinschaften;

c) durch Ermittlung energiewirtschaftlicher Unterlagen im Auftrage einschlägiger Dienststellen.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. August 1946 mit Abänderung vom 27. Mai 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer und, falls notwendig, einen stellvertretenden Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Der stellvertretende Geschäftsführer ist nur gemeinsam mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der 3. Ordnung-Ingenieur Willy Lerol, Berlin-Nikolassee, ist zum Geschäftsführer bestellt.

#### Veränderungen

B. 102/Nz. Berliner Wohn- und Geschäftshaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (NW 7, Dorotheenstraße 44).

Fritz Dzyck ist als Geschäftsführer ausgeschlossen.

B. 159/Nz. Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin mit beschränkter Haftung. Berlin (NW 7, Dorotheenstraße 44).

Fritz Dzyck ist als Geschäftsführer ausgeschlossen.

B. 54 111. Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft. Berlin (W 30, Viktoria-Luise-Platz 7).

Die Prokuren für Eilert Peters und Heinrich Sauer sind erloschen. Friedrich Koch ist nicht mehr Vorstand. Eilert Peters, Kaufmann, Berlin, ist zum Vorstand bestellt.

B. 56 582. A. G. B. Stoffe Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (W 50, Taunizstraße 16).

Dr. Karl Klügmann, Berlin, ist nicht mehr Verwalter.

B. 59 607. Agil Chemie Dr. Vaas Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Oberschöneweide, Tabbertstraße 14).

Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 27. Dezember 1945 und 2. Januar 1946 ist Fritz Richter, Chemiker, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

#### Löschung

B. 54 112. Bausparkasse der deutschen Volksbanken Aktiengesellschaft. Berlin (C 2, Hinter dem Gießhause 3).

Der Sitz ist nach Schwäbisch Hall verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

#### Abteilung 64.

#### Neueintragungen

B. 2110/Nz. Impfstoffwerk Schöneweide Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Institut für Immunbiologie. Berlin (Niederschöneweide, Köllnische Straße).

Gegenstand des Unternehmens: a) Die Herstellung und der Vertrieb von serologischen, bakteriologischen, biologischen und chemischen Erzeugnissen aller Art nebst verwandter Artikel. b) Der Erwerb und die Verwertung von Patenten, Lizenzen und nicht patentierten Erfindungen, die sich für die unter a) bezeichneten Zwecke eignen. c) Der Erwerb die Pachtung und Errichtung sowie die Veräußerung von Anlagen, welche zur Errichtung der zu a) und b) gedachten Zwecke dienen, sowie die Errichtung von Zweigniederlassungen und die Beteiligung an anderen gewerblichen Unternehmungen, deren Geschäftsbetrieb zu den vorgedachten oder ähnlichen Zwecken in Beziehung steht.

Stammkapital: 120 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Mai 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Bakteriologe Dr. Wolfgang Bellan, Berlin, Dr. med. Hermann Bermann, Berlin. Dieser Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 31. Dezember 1949 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate zum Schluß des laufenden Geschäftsjahres. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Erfolgt sie nicht oder nicht fristgerecht, verlängert sich der Vertrag jeweils um weitere zwei Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Dr. Bellan Rezepturen zum angenommenen Wert von 20 000.— RM unter Anrechnung auf seine Stammeinlage. Bekanntmachungen der Gesellschaft werden in dem „Verordnungsblatt für Groß-Berlin“ veröffentlicht.

B. 2111/Nz. „HSH“ Lackkunst Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Friedenau, Vorrarberger Damm 10).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Kunstgegenständen, insbesondere Lackarbeiten aller Art einschließlich Goldtafeln.

Stammkapital: 50 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Mai 1947 abgeschlossen. Zum Geschäftsführer ist Fräulein Marqot Hornschu, Berlin, bestellt.

#### Veränderungen

B. 45/Nz. „Kosmos“ Gesellschaft für internationalen Austausch Industrieller Erfahrungen mit beschränkter Haftung. Berlin (W 30, Molzstraße 38).

Fräulein Marianne Vorsprecher führt infolge Verheiratung jetzt den Namen Marianne Neuberg.

B. 103/Nz. Dr. Hugo Remmler Aktiengesellschaft. Berlin (N 4, Anklamer Straße 38).

Die Firma und deren Vermögen ist auf Grund des Befehls 124 der SMA beschlagnahmt. Zu Treuhändern sind bestellt: Kaufmann Albert Andreae, Apotheker Dr. Ewald Muschiol, Berlin.

B. 291/Nz. Verlag „Der Tagesspiegel“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Tempelhof, Berliner Straße 105/106).

Prokuristen: Udo Hinz, Berlin, Ernst Haupt, Berlin. Jeder vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer. Zu weiteren Geschäftsführern sind bestellt: Verlagskaufmann Robert Pach, Berlin, Verlagskaufmann Otto Putsche, Berlin.

B. 599/Nz. „Sarotti“ Aktiengesellschaft. Berlin (Tempelhof).

Die Prokura für Walter Pfeiffer ist auf die Hauptniederlassung Berlin beschränkt.

B. 885/Nz. Vereinigte Eisenbahn-Signalwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Siemensstadt, Schwebertweg 19/20).

Die Prokuren für Willi Odenbach, Rudolf Meuschel und Heinz Leblanc sind erloschen. Gleiche Eintragung erfolgt für die Zweigniederlassung im Handelsregister der Amtsgerichte in Braunschweig, Iburg und Bruchsal.

B. 52 222. F. & M. Lautenschläger Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (N 54, Brunnenstraße 188—190).

Durch Anordnung des Bezirksamtes Berlin-Mitte, Wirtschaftsamt, vom 21. Dezember 1945 ist zum Treuhänder bestellt: Versandleiter Karl Voß, Berlin.

B. 54 979. Lieferungs- und Bezugsgemeinschaft deutscher Uniformhersteller Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (SW 61, Hagelberger Straße 53).

Dr. Bruno Zopp ist nicht mehr Geschäftsführer.

Am 13. August 1947. Abteilung 62.

#### Neueintragungen

B. 2117/Nz. Baugeschäft Ost Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Berlin (Köpenick, Kaulsdorfer Straße 254).

Gegenstand des Unternehmens: Ausführung von Bauarbeiten aller Art, insbesondere Fortführung der Geschäfte der offenen Handelsgesellschaft „Baugeschäft Ost Hellmer, Marten & Co.“.

Stammkapital: 25 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. April 1947 abgeschlossen. Jeder Geschäftsführer hat Alleinvertretungsrecht. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Alfred Krüger, Berlin-Mahlsdorf, Bauingenieur Kurt Pätzl, Berlin.  
Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

B. 2118/Nz. Attila Filmproduktionsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg, Kantstraße 62).  
Gegenstand des Unternehmens: Herstellung von Spielfilmen.  
Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Dezember 1945 mit Änderungen vom 23. Juni 1947 und 12. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Filmgeschäftsführer Friedrich Becker-Federemann, Berlin, Kaufmann Fedor Janas, Berlin. Sie beide haben Vertretungsrecht. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

B. 2119/Nz. Handlungsgesellschaft T. Szczępanki mit beschränkter Haftung im- und Export, Berlin (-Charlottenburg 2, Uhlandstraße 11).  
Gegenstand des Unternehmens: Fortführung der Geschäfte der bisherigen Firma Tadeusz Szczępanki, nämlich der Import und Export von Waren aller Art.  
Stammkapital: 25 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Mai 1947 mit Abänderung vom 10. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Tadeusz Szczępanki, Berlin, Joseph Franke, Berlin. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und bis zu dessen Wiedererscheinen im Verordnungsblatt der Stadt Berlin oder einem anderen vom Registergericht zu bestimmenden Bekanntmachungsblatt.

#### Veränderungen

B. 214/Nz. Chemische Fabrik Grünau Aktiengesellschaft, Berlin (-Grünau, Regattastraße 35).

Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 18. April 1946 ist Dr. Fritz Sommer, Chemiker, Berlin, zum Treuhänder und Alfred Bäumer, Kaufmann, Berlin, Erich Heine, Kaufmann, Berlin, zu stellvertretenden Treuhändern bestellt.

B. 283/Nz. Hermesa & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Steglitz, Zimmermannstraße 33).

Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 29. März 1946 ist Artur Frehse, Kaufmann, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

B. 50 571. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin (-Grünwald, Hohenzollerndamm 150).

a) Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 2. April 1946 ist Ernst Bosse, Industriekaufmann, Berlin, zum Treuhänder für den in Berlin-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 91/92, gelegenen Zweigbetrieb Gerätebau Oberspree bestellt.

b) Durch Anordnung derselben Stelle vom 18. September 1946 sind Karl Droste, Ingenieur, Berlin, Walter Auerch, Kaufmann, Berlin, zu Treuhändern für den in Berlin-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 83-85, gelegenen Fabrikationsbetrieb bestellt.

B. 53 197. Deutsche Bau- und Grundstücks-Aktiengesellschaft, Berlin (W 8, Kanonierstraße 8).

Dr. Jürgen Brandt ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Hans Feldmann, Gerichtsassessor a. D., Berlin, Walter Lutze, Regierungsbaumeister a. D., Berlin, sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

#### Löschung

B. 55 026. Gebrüder Wenner Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 68, Oranienstraße 119).  
Der Sitz ist nach Marktstett (AG. Kitzingen) verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

#### Abteilung 64.

##### Veränderung

B. 132/Nz. Rotaphot Bromsüberdruck Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Tempelhof, Viktoriastraße 13-12).

Durch Anordnung der amerikanischen Militärregierung vom 6. Mai 1947 ist der Ingenieur Alfred Feldes, Berlin, zum Custodian bestellt worden. Die gleiche Eintragung ist erfolgt für die im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin eingetragenen Firmen: Universum-Film Aktiengesellschaft, Deutsche Filmtheater-G. m. b. H., Deutsche Filmvertriebs-G. m. b. H., Filmfoto-Verlag G. m. b. H., „Deschag“ Deutsche Schmalfilm-Vertrieb G. m. b. H., „Afifa“ AG., Excelsior Lichtspielhaus G. m. b. H., Stern Lichtspielhaus G. m. b. H.

Am 14. August 1947. Abteilung 62.

##### Neueintragung

B. 2125/Nz. Central-Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NW 7, Unter den Linden 10).

Gegenstand des Unternehmens: Vermittlung von Grundstücksgeschäften und Finanzierung aller Art, Hypotheken, Beteiligungen und Hausverwaltungen.  
Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juli 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Grundstücksmakler Heinrich Müller, Berlin, ist zum Geschäftsführer unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB bestellt. Der Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 1. Juli 1957 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Wird die Kündigung nicht erklärt, so verlängert sich der Vertrag immer um weitere fünf Jahre.

##### Veränderungen

B. 26/Nz. Elektrowerke Aktiengesellschaft, Berlin (W 30, Nürnberger Straße 53-55).

Alois Reinauer ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Johannes Richter ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

B. 270/Nz. Himmel & Papesch Bauunternehmung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 35, Bautzener Straße 21).

August Heinrich Himmel, Baumeister, Berlin, ist zum Geschäftsführer mit Alleinvertretungsrecht bestellt.

B. 419/Nz. Deutsche Grammophon Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Tempelhof, Ringbahnstraße 63).

Prokurist: Robert Blanke in Hannover. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen.

B. 50 717. Kast & Ehinger Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Berlin (-Friedrichsfelde, Prinzenallee 67-69).

Die Firma und das Vermögen der Zweigniederlassung Berlin ist auf Grund des Befehls 124 der SMA beschlagnahmt. Durch Anordnung des Bezirksamtes Lichtenberg - Abteilung Wirtschaft, Handel und Handwerk - vom 5. Dezember 1945 ist zum Treuhänder bestellt: Kaufmann Willi Pasch, Berlin.

B. 53 028. Europäische Güter- und Reisegepäck-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin (NW 40, Invalidenstraße 52).

Dr. Erwin Fink, Diplomvolkswirt, München, ist zum Sonderbeauftragten bestellt mit den Befugnissen, die dem Vorstand nach Gesetz oder Satzung zustehen. Er ist alleinvertretungsberechtigt.

B. 56 559. Gartner Großgaragen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Steglitz, Körnerstraße 12-14).

Otto Gartner sen. und Reinhold Walter sind nicht mehr Geschäftsführer. Wilhelm Sauer, kaufmännischer Direktor, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

#### Abteilung 64.

##### Neueintragung

B. 2121/Nz. Juwelier Hölse Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Spandau, Falkenhagener Chaussee 61).

Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Besteckwaren, Gold- und Silberwaren, Juwelen, Uhren, ferner die Reparatur von Uhren und anderen einschlägigen Gegenständen sowie deren Herstellung in eigener Werkstatt und die Beteiligung an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen.  
Stammkapital: 200 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist Frau Rosa Kühn, geb. Wentzel, Berlin-Spandau, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das von der Stadt Berlin vorgeschriebene Anzeigenblatt.

##### Veränderungen

B. 112/Nz. Jsoyress-Werk Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 90).

Die Firma und deren Vermögen ist auf Grund des Befehls Nr. 8 vom 23. März 1946 der sowjetischen Militärkommandantur beschlagnahmt. Zum Treuhänder ist bestellt: Kaufmann Hans-Joachim Klöse, Berlin.

B. 1560/Nz. W. u. E. Krüger Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Nikolassee, An der Rohwiese 4).

Verlagsbuchhändler Ulrich Westphal, Berlin, ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

B. 1823/Nz. Pharma Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Tempelhof, Hoepfnerstraße 23).

Walter Möller ist nicht mehr Geschäftsführer.

B. 50 471. Paragon Aktiengesellschaft, Berlin (-Oberschöneweide, Fuststraße 27-49).

Die Prokura für Georg Engler ist erloschen. Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick - Abt. Wirtschaft - vom 13. April 1946 ist zum Treuhänder bestellt: Kaufmann Georg Engler, Berlin.

B. 57 106. Märkischer Wohnungsbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 11, Tempelhofer Ufer 36).

Wilhelm Dieckmann ist nicht mehr Geschäftsführer.

B. 59 082. Raspo-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Weißensee, Franz-Joseph-Straße 112-124).

Durch Anordnung des Bezirksamts Weißensee - Finanzabteilung Sondervermögensverwaltung - vom 28. Dezember 1945 ist zum Treuhänder bestellt: Ingenieur Kurt Hahn, Berlin.

#### Löschung

B. 56 561. Solidox Gesellschaft für Zahnhygiene mit beschränkter Haftung, Berlin (-Grünwald, Hohenzollerndamm 46-47).

Der Sitz ist nach Hamburg verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

#### Am 15. August 1947. Abteilung 62.

##### Veränderungen

B. 926/Nz. Frankona Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin (-Charlottenburg 2, Bismarckstraße 113).

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 15. April 1947 ist die Satzung geändert in §§ 3 (Bekanntmachungen der Gesellschaft) und 17 Abs. 2 (Ort der Hauptversammlungen).

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem im Zeitpunkt der Veröffentlichung von den obersten Justizbehörden für die Registergerichte des Sitzes und der Zweigniederlassungen für Bekanntmachungen bestimmten Blättern.

B. 52 421. Gesellschaft für künstlichen Zug Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg 1, Berliner Straße 133).

Willi Schweig in Berlin ist zum Custodian (Verwalter) bestellt.

B. 2128/Nz. (59 282) F. Groh Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 68, Reichenberger Straße 156).

Der Geschäftsführer Bruno Dudzik ist verstorben. Gerhard Dudzik, Betriebsingenieur, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

B. 59 146. Grammophon Unterstützungseinrichtung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Tempelhof, Ringbahnstraße 63).

Kurt R. Neuberg, Theodor Meyer und Robert Blanke sind nicht mehr Geschäftsführer. Eberhard Pelkmann, Kaufmann, Berlin, Ernst Roodiger, Kaufmann, Berlin, sind zu Geschäftsführern bestellt.

#### Löschung

B. 58 851. Frankfurter Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin vormals Providentia Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin (W 9, Lennestraße 4).

Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.

#### Abteilung 64.

##### Veränderungen

B. 411/Nz. Ostdeutsche Kohle, Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg 2, Kneeseckstraße 5).

Zum weiteren Geschäftsführer ist bestellt: Kaufmann Egon Adler von Hardtmuth, Steinreb, Landkreis Bad Aibling.

B. 814/Nz. Rheinhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg 2, Jochenstraße 1).

Wolfgang Böttger ist nicht mehr Geschäftsführer. Gleiche Eintragung erfolgt im Handelsregister des Amtsgerichts Ahrensburg bei Hamburg für die Zweigniederlassung, die mit dem Zusatz: Zweigniederlassung Ahrensburg bei Hamburg firmiert.

Am 16. August 1947. Abteilung 62.

## Neueintragung

B. 2134/Nz. Evers & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wilhelmsdorf, Hohenzollerndamm 174-177).  
Gegenstand des Unternehmens: Beschaffung sowie Import und Export von Waren aller Art sowie Interzonenhandel.  
Stammkapital: 40 000.— RM.  
Prokurist: Ludwig Knoke, Berlin.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. September 1946 abgeschlossen. Der Kaufmann Siegfried Johann Evers, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt. Er hat Alleinvertragsrecht.

## Veränderungen

B. 379/Nz. Gummiwerk Kübler Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Reinickendorf-West, Auguste-Viktoria-Allee 18/19).  
Prokurist: Erich Bartsch, Berlin. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen. Die Prokura für Gerhard Schultze ist erloschen.

B. 52 310. Gebrüder Dopp Maschinen- und Waagenfabrik Aktiengesellschaft, Berlin (Köpenick, Wendenschloßstraße 302).  
Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 18. April 1946 ist Erich Heise, Ingenieur, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

B. 53 141. Luftfahrtbedarf Aktiengesellschaft, Berlin (Köpenick, Grünstraße 4). Die Luftfahrtbedarf Aktiengesellschaft steht gemäß Befehl Nr. 8 des russischen Militärkommandanten vom 21. März 1946 unter Sequester. Durch Anordnung des Bezirksbürgermeisters des Bezirksamts Köpenick vom 13. Dezember 1945 ist zum Treuhänder bestellt: Kaufmann Karl Brandt, Berlin.

Abteilung 64.

## Neueintragungen

B. 2129/Nz. Leba Leichtmetall und Bedarfsartikel Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Schmargendorf, Berkauer Straße 5).  
Gegenstand des Unternehmens: Der Einzelhandel mit Hausartikeln aus Leichtmetall und sonstigen Bedarfsstoffen.  
Stammkapital: 40 000.— RM.

Prokurist: Otto Thieben, Berlin, hat Einzelprokura.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Mai 1947 abgeschlossen und am 2. Juni 1947 geändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist die kaufmännische Angestellte Ursula Kaiser, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Burghardt das von ihm unter der Firma Leba Inhaber Willy Burghardt in Berlin-Schmargendorf, Berkauer Straße 5, betriebene Handelsgeschäft zum angenommenen Wert von 32 000.— RM. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt der Stadt Berlin oder dasjenige Organ, das nach gesetzlicher Anordnung an Stelle des Verordnungsblattes treten wird.

B. 2130/Nz. Lehmversuchsbau Lehmverwertung Baustoffe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Karlshorst, Prinz-August-Wilhelm-Straße 20).  
Gegenstand des Unternehmens: Die Verwertung von Lehm zur Herstellung von Wohnungen und Baustoffen, sowie die Herstellung von Bauwerken.  
Stammkapital: 30 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Mai 1947 abgeschlossen. Zum Geschäftsführer ist der Baurat Oscar Simon, Berlin, bestellt. Die Gesellschaft kann mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Oscar Simon die Rechte aus dem unter dem 12. Mai 1947 mit der Vichzentrale, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Berlin-Friedrichsfelde, Märzenhof, über Ausbeutung eines Lehmvorkommens auf den Grundstücken der Vichzentrale, Bahndorf Friedrichsfelde-Ost, abgeschlossenen Pachtvertrages zum angenommenen Wert von 25 000.— RM unter Anrechnung auf seine Stammeinlage.

B. 2131/Nz. Tischlerwerkstätten für Bau und Möbel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Karlshorst, Wilhelmstr. Damm 148-150).  
Gegenstand des Unternehmens: Jede in Bau- und Möbelfabrikation üblicherweise anfallende Fabrikation sowie der Vertrieb von Fertimobilen.  
Stammkapital: 24 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Juni 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Tischlermeister Karl Hansen, Berlin, Kaufmann Hans Liedtke, Berlin. Beide vertreten die Gesellschaft gemeinschaftlich.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

B. 2132/Nz. U.S.A.G.E.S.S. Chemische Präparate Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 15, Dausburger Straße 19).  
Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb chemischer Präparate, insbesondere die Herstellung von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung.  
Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Juni 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Frau Henriette Seemann, geb. Lewiten, Berlin, Kaufmann Richard Seemann, Berlin. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt. Der Gesellschaftsvertrag ist für die Dauer der bestehenden Ehe der Gesellschafter geschlossen, jedoch nach Maßgabe des § 11 des Gesellschaftsvertrages.

B. 2133/Nz. Lothar Nitsch Baugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 65, Sroßstraße 25).

Gegenstand des Unternehmens: Die Ausführung von Bauarbeiten aller Art sowie die Errichtung und Führung damit verbundener Betriebe, der Handel mit Baustoffen und Baugeräten, die Finanzierung von Bauten, die Häuser- und Grundstücksverwaltung und ähnliche Vorhaben. Die Gesellschaft kann ferner gleiche oder verwandte Betriebe übernehmen, sich an solchen beteiligen, Schutzrechte übernehmen oder erwerben und ähnliche Vorhaben, die zur Erfüllung des Aufgabengebietes der Gesellschaft erforderlich erscheinen, durchführen.  
Stammkapital: 50 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Bauunternehmer Lothar Nitsch, Berlin, Baukaufmann Karl Rosenthal, Berlin.

## Veränderungen

B. 1142/Nz. Snelcher & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Metall- und Holzwerk, Berlin (W 35, Bismarckstraße 11).  
Zum weiteren Geschäftsführer ist bestellt: Metall-Hütten-Ingenieur Max Speichert, Berlin.

Am 18. August 1947. Abteilung 62.

## Veränderungen

B. 295/Nz. Deutsche Wohnstätten-Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin (W 8, Taubenstraße 47).

Prokurist: Sigward Nolze in Leipzig. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied. Durch Anordnung der britischen Militärregierung vom 23. Februar 1946 ist Dr. Alfred Schubert, Bankdirektor, Berlin, zum Custodiam (Verwalter) bestellt.

B. 52 338. Alata Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 50, Regensburger Straße 5a).  
Die Prokuren für Friedrich Moch und Hans-Joachim Heising sind erloschen.

Abteilung 64.

## Neueintragung

B. 2137/Nz. Roslin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Halen-see, Nestorstraße 11).

Gegenstand des Unternehmens: Herstellung, Anfertigung von Modeartikeln, Handtaschen, Handschuhen, Kleidern und Handel.  
Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Juli 1947 mit Abänderung vom 14. August 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Erhard Stürz, Berlin, bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 101 BGB befreit. Der Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 1. Juli 1950 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Wird die Kündigung nicht erklärt, so verlängert sich der Vertrag immer um ein weiteres Jahr.

## Veränderungen

B. 1680/Nz. Seeger & Heit Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 58, Swinemünder Straße 120).  
Franz Seeger ist nicht mehr Geschäftsführer.

B. 51 144. Inn. Aktiengesellschaft zu Berlin (Charlottenburg 2, Hordenbergstraße 27/28).  
Zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Kaufmann Georg Wegener, Berlin, Kaufmann Franz Krause, Berlin.

## Löschung

B. 50 523. Vereinigte Seifenfabriken Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Grunewald, Hohenzollerndamm 46/47).  
Der Sitz ist nach Hamburg verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Am 19. August 1947. Abteilung 62.

## Veränderungen

B. 512/Nz. Deutsche Visobil OI Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Schöneberg, Martin-Luther-Straße 61-66).

Die Prokura für Friedrich Kaufmann ist erloschen. Die gleiche Eintragung wird für die Zweigniederlassungen in Essen und Weinsböden, die den Zusatz „Verkaufsabteilung Rheinland-Westfalen bzw. Verkaufsabteilung Sachsen Ost und Lausitz“ führen, bei den Gerichten in Essen und Meissen erfolgen.

B. 788/Nz. Deutsche Reichsbahn-Sterbekasse Lebensversicherungsverein a. G. Sitz Berlin (W 15, Knechtelstraße 59-61).  
Die Bestellung des Carl Matschke zum Sonderbeauftragten ist widerrufen. Hermann Hahn ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

B. 51 425. Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie Aktiengesellschaft, Berlin (SO 36, Zechendorfstraße 5-10).  
Dr. Hellmut Simon ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

B. 52 744. Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin (NW 7, Unter den Linden 26-30).  
Durch Anordnung der britischen Militärregierung vom 5. Juni 1947 ist Dr. Joseph Wichem, Oldenburg, zum Treuhänder der in der britischen Zone befindlichen Vermögensbestände bestellt.

Abteilung 64.

## Neueintragungen

B. 2139/Nz. Transmare-Photo Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wannsee, Lindenstraße 13).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Photo-Bildtafeln und -Bildwänden, vorwiegend wissenschaftlichen Charakters im In- und Ausland, besonders aber in Übersee, sowie die Fortsetzung des bisher von Hans Luchtmüller in Hans Müller, Berlin-Wannsee, in Berlin-Charlottenburg unter der nicht eingetragenen Firma Transmare-Photo Hans Müller betriebenen gleichartigen Geschäfts.  
Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. April 1947 abgeschlossen. Die Sekretärin Fräulein Eva Eschner, Berlin ist zur Geschäftsführerin bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht a) von dem Gesellschafter Buchhändler Hans Müller, Berlin-Wannsee, Trieststraße, das bisher von ihm in Charlottenburg, Schüttersstraße 39, unter der nicht eingetragenen Firma Transmare-Photo Hans Müller betriebene und laut Gewerbeschein des Bezirksamts Charlottenburg vom 6. September 1946 lizenzierte Geschäft zur Herstellung von wissenschaftlichen Photo-Bildtafeln mit allem im Betriebe des Geschäfts benötigten Förderungen und Verbindlichkeiten zum angenommenen Werte von 8000.— RM. b) von den Gesellschaftern Wilhelm Clausten, Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, und Fräulein Käthe Kossak, Berlin-Friedrichshagen, Cranachstraße 5, je ein Darlehen von 5000.— RM bzw. von 7000.— RM an das Geschäft des Hans Müller zum angenommenen Werte in dieser Höhe. Die Sachanlagen sind zu den angegebenen Werten auf die Stammeinlagen der Gesellschafter angeteilt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur in dem Verordnungsblatt der Stadt Berlin oder in demjenigen Blatt, welches etwa durch Verfügung der zuständigen Behörde an seine Stelle treten sollte.

B. 2140/Nz. Metall-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 15, Dusseldorfer Straße 38).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herausgabe und der Vertrieb von Fachschriften sowie einschlägiger Facilitäten.  
Stammkapital: 30 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Engelbert Klein, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

## Veränderungen

B. 577/Nz. Nahrungsmittelfabrik Asta Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 53/54).  
Durch Beschluß der Gesellschafter vom 28. Juli 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 6 (Stammkapital). Das Stammkapital ist um 30 000,— RM auf 130 000,— RM erhöht. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

B. 1501/Nz. Schaleco-Radio Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 4, Chausseestraße 35).  
Einzelprokurist: Hans Stanienda, Berlin.

B. 55 403. Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin (Charlottenburg 2, Jebensstraße 11).  
Karl Zepf ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Die gleiche Eintragung erfolgt für die Zweigniederlassungen Stuttgart und Frankfurt a. M., die den Zusatz „Zweigniederlassung Stuttgart“ bzw. „Zweigniederlassung Frankfurt a. M.“ führen, und München, die „Bayerische Lebensversicherungsbank, Zweigniederlassung der Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft“ firmiert, bei den Amtsgerichten Stuttgart, Frankfurt a. M. und München.

Am 20. August 1947. Abteilung 62.

## Veränderungen

B. 1338/Nz. Halima Gesellschaft mit beschränkter Haftung für chemische kosmetische Präparate Berlin (-Charlottenburg, Leistikowstraße 3).  
Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Juli 1947 ist die Firma geändert. Die Firma lautet nunmehr: Halimah Gesellschaft mit beschränkter Haftung für chemische und kosmetische Präparate.

B. 58 494. Ergothan Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Niederschöneweide, Berliner Straße 141).  
Die Prokuren für Bruno Hiltmann, Dr. Martin Knörzer und Heinrich Ellerkmann sind erloschen. Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 16. Mai 1947 aufgelöst. Der Chemiker Direktor Hugo Zernechel, Neustadt, ist zum Liquidator bestellt.

Abteilung 64

## Neueintragungen

B. 2141/Nz. Otto Penther und Willy Voß Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Friedenau, Maybachstraße 8).  
Gegenstand des Unternehmens: Der Großhandel mit Spielzeug und Geschenkartikeln.  
Stammkapital: 20 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. April 1947 abgeschlossen und am 14. April 1947 abgeändert. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft allein. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Willy Voß, Berlin; Kaufmann Otto Penther, Berlin. Dieser Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 1. April 1952 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Wird die Kündigung nicht erklärt, so verlängert sich der Vertrag immer um weitere zwei Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur in dem Blatt erlassen, das von dem Handelsregistergericht oder sonst behördlicherseits für Berlin für diese Zwecke bestimmt ist.

B. 2143/Nz. Maerz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin) (W 35, Bülowstraße 90).  
Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von Damenoberbekleidung einschließlich Paßbückelung und der Handel in diesen Artikeln einschließlich Rauchwaren und Pelzen für eigene und fremde Rechnung.  
Stammkapital: 50 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. August 1946 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Martin Lippold, Leipzig; Frau Frieda Hoefels, Berlin-Schöneberg.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Kaufmann Martin Lippold und dem Kaufmann Alfred Maerz die im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin in Abteilung A Nr. HRA 85 586 eingetragene Kommanditgesellschaft unter der Firma Walter Maerz Kommanditgesellschaft in Berlin nach näherer Maßgabe des Gesellschaftsvertrages zum angenommenen Werte von 50 000 RM unter Anrechnung von 20 000 RM auf die Einlage des Lippold und von 30 000 RM auf die Einlage des Alfred Maerz. Bekanntmachungen der Gesellschaft werden in den vorgeschriebenen amtlichen Organen erlassen.

## Veränderungen

B. 51 697. Gebrüder Starck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NO 18, Landsberger Allee 67).  
Durch Anordnung des Bezirksamts Friedrichshagen von Groß-Berlin vom 21. September 1946 ist Horst Kieffel, Kaufmann, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

B. 59 458. „Weener Werkstätten“ Heilmut Schoeppe & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (SW 68, Ritterstraße 24).  
Heilmut Schoeppe und Heinrich Bier sind nicht mehr Geschäftsführer. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Juwelier Theodor Prucha, Berlin; Kaufmann Bernhard Blum, Berlin.

Löschung

B. 56 526. Lübbener Amtsmühlen-Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Lübben (Spreewald), Große Amtsmühle, Mühlendamm 11).  
Die Gesellschaft ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 (RGBl. I, 914) gelöscht.

Am 21. August 1947. Abteilung 62.

## Neueintragungen

B. 2144/Nz. ANFALITH-WERK Paul ANFT & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (SO 36, Grünauer Straße 38).  
Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation und Vertrieb patentierter Massen zur Herstellung von Knöpfen Steinbucksten, Elektroartikeln.  
Stammkapital: 40 900 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. April 1947 mit Abänderung vom 12. Juni 1947 abgeschlossen. Zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer ist der Architekt Paul Anft, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Paul Anft das gesamte Inventar des von ihm seit 1946 in dem Hause Grünauer Straße 38 in Berlin SO 36 auf seinen Namen geführten Fabrikationsbetriebes mit allen Aktiven nach näherer Maßgabe des § 5 des Gesellschaftsvertrages zum angenommenen voll auf die Stammeinlage angerechneten Werte von 20 000 RM.

Am 21. August 1947. Abteilung 62.

## Neueintragungen

B. 2145/Nz. „Das Bücher-Kabinett“ Flohr & Herrmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 15, Bleibtreustraße 34/35).  
Gegenstand des Unternehmens: Buchhandel aller Art, ferner Erwerb von und Beteiligung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen.  
Stammkapital: 20 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Buchhändlerin Helene Flohr, Berlin, Buchhändlerin Dora Herrmann, Berlin. Die Gesellschaft ist kündbar nach Maßgabe des § 8 des Gesellschaftsvertrages, erstmalig zum 31. Dezember 1950.

B. 2146/Nz. Dingler-Vertriebsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg 5, Schloßstraße 47).  
Gegenstand des Unternehmens: Herstellung und Vertrieb von Erzeugnissen des allgemeinen Maschinen-, Armaturen-, Apparate- und Stahlbaus und verwandter Zweige. Wahrnehmung der Interessen der „Dinglerwerke Aktiengesellschaft“ in Zweibrücken in den Gebieten: Groß-Berlin, Brandenburg, Provinz und Bundesland Sachsen, Thüringen und Mecklenburg.  
Stammkapital: 20 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. März 1946 abgeschlossen. Zum Geschäftsführer mit Alleinvertretungsrecht ist der Ingenieur Paul Schiffer, Berlin, bestellt.

B. 2147/Nz. Berliner Lichtbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Pankow, Parkstraße 19 a).  
Gegenstand des Unternehmens: Röhren-Leuchten-Fabrikation und Herstellung von Neon-Anlagen.  
Stammkapital: 20 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Dezember 1946 abgeschlossen. Der Kaufmann Bruno Thum, Berlin-Hohenschönhausen, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Am 21. August 1947. Abteilung 62.

## Neueintragungen

B. 100/Nz. Berliner Schloßbrauerei Aktiengesellschaft (Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 46—50).  
Der Prokurist Erich Penther vertritt nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied. Die Prokura für Dr. Philipp Wiener ist erloschen.

B. 395/Nz. Hochohm Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Rudow, Kanalstraße 131—155).  
Hermann Klasing ist nicht mehr Geschäftsführer.

B. 405/Nz. Braunkohlen- und Brikett-Industrie Aktiengesellschaft „Bubag“ (Berlin-Charlottenburg 2, Umlandstraße 11).  
Prokurist unter Beschränkung auf die Zweigniederlassung Bonn Franz Scholz in Bonn. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied.

B. 54 255. Augustus Grundstücks-Aktiengesellschaft (Berlin-Grünwald, Auguste-Viktoria-Straße 106).  
Der Oberingenieur Bruno Schwöder, Berlin, ist zum Notvorstand durch das Gericht bestellt.

Am 21. August 1947. Abteilung 64.

## Löschung

B. 58 020. Dorn & Schuster, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 46/47).  
Der Sitz ist nach Hamburg, verlegt, die Firma deshalb hier gelöscht.

Am 21. August 1947. Abteilung 64.

## Neueintragungen

B. 2148/Nz. Hans Kiese, Werkzeug-, Vorrichtungens-Apparate- und Maschinenbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Neukölln, Sanderstraße 28).  
Gegenstand des Unternehmens: Die Fortführung der Präzisionswerkzeugmacherei in Firma Hans Kiese eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte 61 HRA 2555/Nz., sowie der Bau von Vorrichtungensapparaten und Maschinen aller Art.  
Stammkapital: 20 000 RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Februar 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Mechaniker Friedrich Luder, Berlin, bestellt. Er hat Alleinvertretungsrecht. Der Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 31. Dezember 1950 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Wird die Kündigung nicht erklärt, verlängert sich der Vertrag immer um weitere drei Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von der Gesellschafterin Frau Ella Reinfeld das bisher von ihr unter der Bezeichnung Präzisionswerkzeugmacherei Hans Kiese Inhaberin Ella Reinfeld betriebene Unternehmen mit sämtlichen Aktiven und Passiven nach dem Stand des auf den 1. Februar 1947 aufzustellenden Status zum angenommenen Wert von 2000 RM unter Anrechnung auf ihre Stammeinlage. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem von der Alliierten Kommandantur oder der von ihr delegierten Stelle bestimmten Mitteilungsblatt.

B. 2149/Nz. Nürnberger & Co. Rundfunkgerätebau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (-Oberschöneweide, Edisonstraße 63).  
Gegenstand des Unternehmens: Der Bau und Handel mit Rundfunkgeräten, Radiorezeivern und dergleichen.  
Stammkapital: 30 000,— RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. März 1947 abgeschlossen. Zur Vertretung der Gesellschaft und deren Geschäftsführung ist jeder Gesellschafter berechtigt. Das Gesellschaftsverhältnis wird zunächst auf die Dauer von fünf Jahren, d. h. bis zum 31. März 1952 eingegangen. Es verlängert sich jeweils um drei Jahre, sofern nicht sechs Monate vor Ablauf der Vertragszeit eine Kündigung erfolgt.  
Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Gerhard Nürnberger das bisher in Berlin-Oberschöneweide, Griechische Allee 2, betriebene Ladengeschäft für Rundfunkgeräte und den in Berlin-Oberschöneweide, Edisonstraße 63, betriebenen Fabrikationsbetrieb nebst allen Inventarien zum angenommenen Wert von 15 000,— RM.

B. 2150/Nz. Lutherverlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg, Riehlstraße 8).  
Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Ankauf sowie Verkauf von Druckerzeugnissen (Verlag und Sortiment), insbesondere von religiösen Schriften und Büchern für die Umgebungen aus dem absehbaren Osten zur Erleichterung ihrer Eingliederung in die Aufnahmegemeinden sowie alle damit in Verbindung stehenden Geschäfte.  
Stammkapital: 20 000,— RM.  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. November 1946 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Direktor Dr. Richard Kammer, Berlin. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

B. 2151/Nz. Wilhelm Konitzky & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg, Fasanenstraße 16).

Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb und die Fortführung der im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter Nr. A 1786/Nz. eingetragenen Offenen Handelsgesellschaft Wilhelm Konitzky & Co.

Stammkapital: 25 000.— RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. Juni 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Heinrich Gottfried Eberbach, Berlin, Kaufmann Wilhelm Konitzky, Bremen. Jeder von ihnen hat Alleinvertretungsrecht.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der „Berliner Zeitung“, späterhin in dem Organ, welches als amtliches Organ für solche Veröffentlichungen bestimmt wird.

B. 2152/Nz. Arno Scholz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Wilmerdorf, Babelsberger Straße 40/41).

Gegenstand des Unternehmens: Der Verlag, der Druck von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und die Durchführen von Druckaufträgen aller Art, unter Fortführung des bisher betriebenen, im Handelsregister nicht eingetragenen Unternehmens Arno Scholz, Verlag und graphische Werkstätten in Berlin.

Stammkapital: 100 000.— RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Juni 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Redakteur Arno Scholz, Berlin, bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Die Gesellschaft kann nur zum Ende des Kalenderjahres durch Beschluß der Gesellschafterversammlung mit einer Frist von sechs Monaten aufgelöst werden.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen bis auf weiteres in der „Berliner Zeitung“, „Telegraf“ und bei Wiedererscheinen eines Rechtsorganes oder entsprechenden anderen Blattes auch in diesem.

**Veränderungen**

B. 2066/Nz. H. und H. Mohr Damen- und Kinderbekleidung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 15, Dusseldorfer Straße 28).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 27. Juni 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 1 (Firma), § 2 (Gegenstand des Unternehmens), § 3 (Stammkapital) und § 4. Das Stammkapital ist um 20 000.— RM auf 60 000.— RM erhöht. Die Firma lautet nunmehr: H. und H. Mohr Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens ist fortan: Die Verwertung und die Verarbeitung von Rohstoffen und Textilien im Großhandel sowie die Fabrikation und der Vertrieb von Damen- und Kinderbekleidung.

B. 51 601. R. Steck & Co. Spiralbohrer-Werkzeug- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Berlin (Marienfelde, Großbrennstraße 149).

Die Prokuren für Karl Scholer, Walter Lemke, Max Becker, Heinrich Bernhard, Heinrich Borchers, Hans Hirsch, Martin Reinsbach und Bernhard Haase sind erloschen. Durch Beschluß des Magistrats der Stadt Berlin, Abteilung für Handel und Handwerk, vom 29. September 1945 sind unter gleichzeitiger Abberufung der bisherigen Geschäftsführung zu Vorstandsmitgliedern bestellt: Kaufmann Johann-Georg Meyer, Berlin, Ingenieur Magnus Quast, Berlin, Peter Speck, Otto Dost und Paul Vauelsang und nicht mehr Vorstandsmitglieder. Das stellvertretende Vorstandsmitglied Hans Meyer ist mit dem Vorstandsmitglied Johann-Georg Meyer identisch.

B. 53 204. Emil Schrader Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SO 36, Wiener Straße 17).

Adolf Kurzeck ist nicht mehr Geschäftsführer.

Am 22. August 1947. Abteilung 62.

**Neueintragungen**

B. 2155/Nz. Hera-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg 2, Uhlandstraße 11).

Gegenstand des Unternehmens: Herausgabe von Büchern und Zeitschriften unter der Berechnung Hera-Verlag.

Stammkapital: 40 000.— RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. März 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer mit Alleinvertretungsrecht. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Verlagsbuchhändlerin Frau Margareta Windus, Berlin, Verlagsbuchhändler Hermann Hubener, Berlin. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Der Gesellschaftsvertrag kann nicht vor dem 1. April 1952 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Wird sie nicht erklärt, verlängert sich der Vertrag immer um weitere drei Jahre.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Blatt, das von dem Handelsregistergericht oder sonst behördlicherseits für Berlin für diese Zwecke bestimmt ist.

B. 2156/Nz. Allgemeine Baugesellschaft Lorenz & Co. mit beschränkter Haftung Berlin (Friedenau, Stubenrauchstraße 58).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von Bauten und Bauteilen, die Herstellung und der Vertrieb von Baumaterialien und verwandten Gegenständen insbesondere die Fortführung des zu Berlin unter der Firma Allgemeine Baugesellschaft Lorenz & Co. bisher als Kommanditgesellschaft betriebenen Baugeschäfts und die gewerbliche Verwertung der dieser Firma gehörenden erteilten oder angemeldeten Patente und sonstigen Schutzrechte. Stammkapital: 100 000.— RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. April 1947 abgeschlossen. Zu Geschäftsführerinnen sind bestellt: Verwitwete Kaufrat Margaretha Lorenz, geb. Müller, Berlin, unverehelichte Ursula Lorenz, Groß-Körig, Kreis Teltow. Jede von ihnen hat Alleinvertretungsrecht.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschafterinnen Frau Margaretha Lorenz, Berlin, und Frau Ursula Lorenz, Groß-Körig, das von ihnen unter der Firma Allgemeine Baugesellschaft Lorenz & Co. bisher als Kommanditgesellschaft in Berlin betriebene Handelsgeschäft nebst Zubehör mit Aktiven und Passiven nach dem Stande vom 31. Dezember 1946, und zwar zum angenommenen Werte von 100 000.— RM unter Antrechnung von 24 000.— RM auf die Stammeinlage der Gesellschafterin Margaretha Lorenz und von 76 000.— RM auf die der Gesellschafterin Ursula Lorenz.

**Veränderungen**

B. 882/Nz. A. V. G. Arzneistoff-Verwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Reinickendorf-Ost, Kopenhagener Straße 60—74).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 4. Juli 1947 ist das Stammkapital um 35 000.— RM auf 135 000.— RM erhöht.

B. 53 407. Hüttenwerke Kayser Aktiengesellschaft (Berlin-Niederschöneweide, Fießestraße 9—11).

Die Bestellung des Treuhänders Johannes Dietrich ist auf das „Werk Niederschöneweide“ beschränkt.

**Abteilung 64**

**Lösungen**

B. 58 129. Renaissance-Theater Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 6). Die Gesellschaft ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 (RGBl. I, 914) gelöst.

B. 59 549. Mitteldeutsche Mineralöl-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (C 2, Schinkelplatz 1/2). Der Sitz der Gesellschaft ist nach Hameln verlegt, die Firma darum hier gelöscht.

Am 23. August 1947. Abteilung 62.

**Veränderungen**

B. 457/Nz. G. Eisenmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin O 17, Mühlensstraße 5/7). Durch Beschluß der Gesellschafter vom 25. Juli 1947 ist das Stammkapital um 24 000.— RM auf 45 000.— RM erhöht und § 4 des Gesellschaftsvertrages (Stammkapital) entsprechend abgeändert.

B. 1173/Nz. Ge We Ge Einkaufs- und Großhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Schöneberg, Neue Bayreuther Straße 4).

Die Prokuren für Wally Krüger (jetzt verehelichte Geitz) und Marie Dekuy sind erloschen. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Juli 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in §§ 2 (Gegenstand), 4 (Vertretung), 6 (Kündigung). Ein neuer § 4 a (Veräußerung und Belastung von Geschäftsanteilen) ist geschaffen. Das Stammkapital ist um 40 000.— RM auf 60 000.— RM erhöht. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten je zwei von ihnen die Gesellschaft gemeinschaftlich. Zu weiteren Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Herbert Röger, Berlin, Diplomkaufmann Kraft: Killisch von Hora, Berlin.

B. 1493/Nz. Berolina, Zellglas- und Papierverarbeitungswerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin SO 15, Rungestraße 17).

Durch Anordnung des Bezirksamts Mitte von Groß-Berlin vom 3. Februar 1947 ist Gerhard Ernst Dietrich, Handelsvertreter, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

B. 2159/Nz. Glöckner Edel Liköre Aktiengesellschaft (Berlin-Neukölln, Jägerstraße 16—40).

Paul Glaser ist nicht mehr Vorstand. Heinrich Tromm, Kaufmann, Berlin, ist zum Vorstand bestellt.

**Lösung**

B. 1903/Nz. C & A Brennmeier Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Dahlem, Misselstraße 5).

Der Sitz ist nach Dusseldorf verlegt, die Gesellschaft deshalb hier gelöscht.

**Abteilung 64**

**Neueintragung**

B. 2157/Nz. W. Schultze & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Siegelt, Ahornstraße 7).

Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb des bisher von der W. Schultze & Co. Kommanditgesellschaft geführten Handelsgewerbes, nämlich der Vertreibung und die Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie der Handel mit Ersatzteilen und Zubehör aller Art. Stammkapital: 40 000.— RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Juni 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat mehrere Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer hat Alleinvertretungsrecht. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufrat Erna Schultze, geb. Holbert, Berlin, Diplomingenieur Georg Hanßl, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen solange es noch nicht ein allgemeines Veröffentlichungsblatt für ganz Deutschland im Sinne des früheren „Reichsanzeigers“ gibt, durch das Verordnungsblatt der Stadt Berlin.

**Veränderung**

B. 50 853. Vereinigte Textilfabriken Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin (W 8, Französische Straße 49).

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 15. Februar 1947 ist die Satzung geändert in § 6 (Vertretung) und § 12: Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einem einzelnen Vorstandsmitglied die Alleinvertretungsbefugnis zu übertragen. Zum Vorstandsmitglied ist der Kaufmann Dr. Franz Reuter, Berlin, bestellt. Albert Böcker und Max Baumann sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

Am 25. August 1947. Abteilung 62.

**Veränderungen**

B. 1611/Nz. „Adler“ Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit (Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 133).

Die Prokura für Georg Wiedenmann ist erloschen.

B. 1624/Nz. Busan — Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin O 102, Frankfurter Allee 288).

Kurt Leach ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

**Abteilung 64**

**Neueintragung**

B. 2160/Nz. B. R. W. Metall Be- und Verarbeitungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 29, Schönleinstrasse 5).

Gegenstand des Unternehmens: Die Be- und Verarbeitung von Metallwaren (Schleiferei und Galvanik).

Stammkapital: 30 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Juni 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer von denen jeder Alleinvertretungsrecht hat. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Fabrikant Herbert Bottger, Berlin, Metallschleifer Erich Borchardt, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch das Verordnungsblatt der Stadt Berlin.

**Veränderungen**

B. 335/Nz. F. U. K. Publikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Tempelhof, Zastrowstraße 129—131).

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 14. August 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in §§ 6, 6 a und 7. Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

B. 51 277. Treugemeinn. Deutsche Wirtschaftsprüfung Aktiengesellschaft Berlin (C 2 Hinter dem Giechause 3).  
Die Prokura für Robert Nari ist erloschen. Karl Töffner und Dr. Erich Ewert sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

54 606 Teutburger Wald-Eisenbahn-Gesellschaft Berlin (-Wilnersdorf, Mecklenburgische Straße 57).  
Die Prokura für Dr. Karl Otto Klingender ist erloschen.

B. 54 648. Rinteln-Städthager Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin (-Wilnersdorf, Mecklenburgische Straße 57).  
Die Prokura für Dr. Karl Otto Klingender ist erloschen.

Am 26. August 1947. Abteilung 82.

#### Veränderungen

B. 370/Nz. Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt (Berlin C 2, Brüderstraße 11/12).

Die Abordnung des Aufsichtsratsmitgliedes Johannes Nordhoff in den Vorstand ist bis 31. Dezember 1948 verlängert.

Die Ertragung wird für die Zweigniederlassungen in Hannover und München, die den Firmensatz Zweigniederlassung München führt, bei den Amtsgerichten Hannover und München erfolgen.

B. 59 514. Frankfurter Versicherungs-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Berlin (Berlin-Friedenau, Fregestraße 58).

Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Carl Otto Pape ist zum ordentlichen und Martin Steincke, Kaufmann, Frankfurt am Main, zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Dr. Alfred Wiedemann, Robert Röse, Rudolf Mehl, Wilhelm Vogeler, Dr. Peter Krahe, Alfred Manthe sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

B. 51 269. Admos Allgemeines Deutsches Metallwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Oberschöneweide, Wilhelmshafenstraße 83 a).

Die Prokura für Felix Biedermann, Horst Buchmann, Adolf Storz, Willi Fritsche, Heinrich Runge, Fritz Lüsse sind erloschen. Wilhelm Saunke ist nicht mehr Treuhänder. Durch Anordnung des Bezirksrats Köpenick von Groß-Berlin vom 15. April 1947 ist Ingenieur Walter Brike in Berlin-Karlshof zum Treuhänder bestellt.

#### Löschung

B. 59 756. Flüglergeräte-Werk Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Friedenau, Kaiserallee 68-89).  
Die Gesellschaft ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 (RGBl. I, 914) gelöscht.

Abteilung 64.

#### Neueintragungen

B. 2162/Nz. Ost-West-Korrespondenz-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 1).

Gegenstand des Unternehmens: Der Austausch von Nachrichten, Ideen und Kulturwerten zwischen Ostasien und Europa.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Dr. phil. Dr. rer. pol. Yunyao Hsiao, Berlin. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das vom Registeramt für seine Bekanntmachungen bestimmte Publikationsorgan, die „Berliner Zeitung“.

B. 2163/Nz. Tova Film Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (-Wilnersdorf, Kreuznacher Straße 46).

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von Filmen aller Art sowie ihre Auswertung ferner die Synchronisierung ausländischer Filme und alle damit in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Filmproduzent und Regisseur Carl Böese, Berlin. Filmproduzent und Regisseur Gaslon Briese, Berlin.

#### Veränderungen

B. 68/Nz. „Union Verlag“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 68, Zimmerstraße 78-80).

Die Prokuristen Friedrich Feldhaus, Wilhelm Casper, Otto Klamm, Peter Scherrer, August Wich vertreten jeder in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen.

59 969/Nz. Lederfabrik Blankenburg-Mark Aktiengesellschaft, Berlin (-Buchholz, Pankstraße).

Durch Anordnung des Bezirksamtes Pankow vom 22. Februar 1946 sind der Kaufmann Friedrich Walter, Berlin, und durch Anordnung des Bezirksamtes Pankow vom 1. Oktober 1946 der Gerbereitechniker Fritz Riedel, Berlin, zu Treuhändern bestellt.

B. 2053/Nz. „Iron“ Regenerations-, Eisenwaren und Eisenhandels Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Steglitz, Fronhofer Straße 5).

Die Schreibweise der Firma lautet richtig: „Iron“.

B. 51 890. Schüttele & Schuster Aktiengesellschaft, Berlin (W 15, Lietzenburger Straße 41/42).

Die Prokura für August Loose ist erloschen. Hans-Ulrich Schuster ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 28. November 1946 ist der Sitz nach Köln verlegt unter Umwandlung der hiesigen Niederlassung in eine Zweigniederlassung.

B. 53 947. Versicherungsverein der Kraftwagenbesitzer auf Gegenseitigkeit, Sitz Berlin (SW 61, Belle-Alliance-Straße 16).

Hans Ledda und Willi Ahle sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Rechtsanwalt und Notar Günther von Rohrseidt, Berlin, Kaufmann Paul Kröbel, Berlin.

B. 54 389. Valentin Röhren und Eisen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (SW 61, Großbeerenstraße 71).

Durch Anordnung der amerikanischen Militärregierung vom 31. Juli 1947 ist der Kaufmann Hans C. Bauer als Verwalter abberufen. Durch Anordnung des Custodian vom 8. August 1947 ist zum Treuhänder bestellt: Kaufmann Dr. Erich Rohse, Berlin. Gleiche Ertragung erfolgt für die Zweigniederlassungen im Handelsregister der Amtsgerichte Hamburg und Frankfurt am Main.

Am 27. August 1947. Abteilung 82.

#### Neueintragungen

B. 2171/Nz. A. Heise O. H. G. Generalvertretungen, Großhandel und Fabrikation chemischer, pharmazeutischer und technischer Erzeugnisse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 30, Kyffhäuserstraße 4).

Gegenstand des Unternehmens: Übernahme und Fortführung des bisher von den Geschäftsführern Hans Heise und seiner Ehefrau unter der Firma A. Heise, Offene Handelsgesellschaft, Generalvertretungen, Großhandel und Fabrikation chemischer, pharmazeutischer und technischer Erzeugnisse zu Berlin W 30, Kyffhäuserstraße 4 betriebene Handels- und Fabrikationsgeschäfts.

Stammkapital: 30 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Juli 1947 mit Änderungen vom 21. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Hans Heise, Berlin, Kaufmann Kurt Mueller, Berlin.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht: a) von dem Geschäftsführer Hans Heise aus bisher von ihm und seiner Ehefrau zu Berlin W 30, Kyffhäuserstraße 4, unter der Firma A. Heise, Offene Handelsgesellschaft, Generalvertretungen, Großhandel und Fabrikation chemischer, pharmazeutischer und technischer Erzeugnisse betriebene Handelsgesellschaft mit sämtlichen Aktiven und Passiven zum angenommenen Werte von 15 000.— RM unter voller Anrechnung auf seine Stammeinlage und b) von dem Geschäftsführer Heinz Mueller, Berlin-Friedenau, Welferallee 79, die bisher seinem Vater Kurt Mueller gehörigen Verfahren zur Herstellung von chemischen pharmazeutischen und technischen Erzeugnissen zum angenommenen Werte von 5000 RM gleichfalls unter voller Anrechnung auf seine Stammeinlage.

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

B. 2175/Nz. BSE Chemotechnische Werkstätten Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 4, Ackerstraße 32).

Gegenstand des Unternehmens: Herstellung von Chemikalien aus Abfallprodukten der chemischen Großindustrie und ihr Vertrieb sowie Betrieb einer Entrostungsanstalt.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Ingenieur Erwin Brietzke, Berlin, Kaufmann Fritz Brietzke, Berlin. Solange sie beide Geschäftsführer sind, soll jeder von ihnen allein die Gesellschaft vertreten können. Sie sind für die Dauer ihrer gemeinsamen Geschäftsführertätigkeit von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Der Vertrag ist bis zum 31. Dezember 1950 geschlossen. Er verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist vorher zu seinem jeweiligen Ablauf gekündigt wird.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die „Berliner Zeitung“, solange ein einheitliches Publikationsorgan für Deutschland nicht besteht.

#### Veränderungen

B. 2167/Nz. Gesellschaft für deutsche Schokoladen mit beschränkter Haftung (Berlin-Friedenau, Handjerystraße 52).

Die Prokura für Robert Gottfried ist erloschen. Durch Gesellschaftsbeschluß vom 4. Juli 1947 ist der Gesellschaftsvertrag in § 7 (Vertretung) geändert. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, sind entweder zwei Geschäftsführer gemeinsam oder je ein Geschäftsführer mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt.

Die Geschäftsführer Julius Herrenkind und Friedrich Hopf sind verstorben. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hermann Scholz, Berlin, bestellt.

B. 2168/Nz. Burkhardt & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 35, Gentiner Straße 38).

Durch Gesellschaftsbeschluß vom 16. Mai 1947 ist das Stammkapital um 40 000.— RM auf 60 000.— RM erhöht. Der Geschäftsführer Paul Fox ist verstorben. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Erich Otto, Berlin, Kaufmann Hellmut Ernst, Berlin.

B. 2169/Nz. Cornelius-Stiftung (Gemeinschaftliche Unterstützungsanweisung der Firmen Cornelius Heyl & G. — Worms, Lederfabrik Blankenburg-Mark A-G, Berlin, Cornelia G. m. b. H., Berlin) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Worms a. Rh., Speyererschlag).

Karl Eckstein ist nicht mehr Geschäftsführer. Fritz Riedel, Gerbereitechniker, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

B. 2176/Nz. Gesellschaft für Haus- und Terrainverwertung mit beschränkter Haftung (Berlin-Friedenau, Rheinstraße 55).

Dr. Kurt Jacobs und Herbert Dammann sind nicht mehr Geschäftsführer. Alfred Siegel, Bankdirektor, Berlin, Alfred Rannoch, Bankdirektor, Berlin, sind zu Geschäftsführern bestellt.

B. 55 195. Bamag-Meguin Aktiengesellschaft (Berlin NW 87, Reichlinstraße Nr. 10-17).

Die auf die Zweigniederlassung Dessau beschränkte Prokura für Ernst Taubert ist erloschen. Die Ertragung wird für die Zweigniederlassung, die die Firma Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft Dessau, Zweigniederlassung der Bamag-Meguin Aktiengesellschaft führt, beim Amtsgericht Dessau erfolgen.

Abteilung 64.

#### Neueintragung

B. 2170/Nz. Instrumente- und Apparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (-Friedenau, Markgrafenstraße 25).

Gegenstand des Unternehmens: Der Bau feinmechanischer Instrumente.

Stammkapital: 20 000.— RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Juni 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist der Ingenieur August Höhler, Hohen Neuendorf bei Berlin, bestellt.

#### Veränderungen

B. 60 011. Leichtbaustoffe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (-Charlottenburg, Droysenstraße 6).

Prokura: Rudolf Weißbach, Berlin. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer.

B. 2173. R. Schneider Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 8, Charlottenstraße 60).

Die Prokura für Carl Wewetzer ist erloschen. Prokurist: Klaus Stiller, Berlin. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer. Joseph Rath ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Kaufmann Emil Stöcking, Berlin.

B 54 609. Nitrofabrik Aktiengesellschaft, Berlin (Köpenick, Wendenschloßstraße 67-65)

Gemäß Anordnung des Chefs der Garnison und Militärkommandanten der sowjetischen Zone der Stadt Berlin steht die Gesellschaft auf Grund des Befehls Nr. 124 unter Sequester. Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick - Abteilung Wirtschaft - vom 6. März 1946 ist zum Treuhänder bestellt: Kaufmann Max Kutschenreiter, Berlin.

(Nachträgliche Bekanntmachung der Eintragung vom 2. Mai 1947)

#### Veränderung

B 51 478. Schultheiss-Brauerei Aktiengesellschaft Berlin (Niederschöneweide, Ernst-Schneller-Straße 137)

Das Werk Schultheiss-Brauerei, Berlin-Niederschöneweide, ist gemäß Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der sowjetischen Militärregierung unter Sequester gestellt. Zum kommissarischen Leiter ist durch Anordnung des Bezirksbürgermeisters des Verwaltungsbezirks Treptow der Stadt Berlin vom 14. März 1946 der Treuhänder Max Vögeleingang, Berlin, bestellt.

Am 28. August 1947. Abteilung 62

#### Neueintragung

B 2178/Nz. A. L. e. x. a Allgemeine Textilhändels- und Fabrikationsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (W 30, Motzstraße 52)

Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation von Textilerzeugnissen jeder Art, Großhandel und Vertrieb solcher Erzeugnisse sowie Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Stammkapital: 50 000,- RM  
Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. März 1947 mit Abänderung vom 27. Juni 1947 abgeschlossen. Jeder Geschäftsführer hat Alleinvertretungsrecht. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kauffrau Frau Elsa Herzberg, Berlin; Kauffrau Frau Lotte Baumann, Hartenstein (Ergebnis).

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

#### Veränderungen

B 942/Nz. Hütten-Gesellschaft Lohse & Paxmann Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Straße 21)

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 11. August 1947 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 7 (Vertretung). Die Geschäftsführer Julius Lohse und Rolf Paxmann sind zur Vertretung der Gesellschaft nur jeder gemeinschaftlich mit dem Geschäftsführer Konrad Lindhorst berechtigt. Zum weiteren Geschäftsführer ist der Schlossermeister Konrad Lindhorst, Berlin, bestellt.

B 1336/Nz. „A x o r“ Unternehmen für Maschinenbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 56, Marburger Straße 15)

Dr. jur. Fritz Walter, Geiersbach, Syndikus, Düsseldorf, ist zum Geschäftsführer bestellt.

B 1423/Nz. Allgemeine Transportgesellschaft vorm Gondrand & Maagib mit beschränkter Haftung (Berlin-Schöneberg, Kufsteiner Straße 69)

Die auf die Zweigniederlassung Köln beschränkte Prokura für Hermann Helmke ist erloschen. Die gleiche Eintragung wird für die Zweigniederlassung die den Firmensatz Filiale Köln a. Rh. führt, beim Amtsgericht Köln erfolgen.

Abteilung 64

#### Veränderungen

B 54 924. Vereinigte Putzwerkzeuge Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Köpenick, Freiheit 12 a/b)

Hauptsächlich des zu Berlin-Köpenick, Freiheit 12 a/b betriebenen Geschäftsunternehmens der Firma ist die Sequester gemäß Befehl Nr. 124 des Sowjetischen Oberbefehlshabers (SMA) durchgeführt. Zum Treuhänder ist der Fabrikdirektor Georg Beschau, Berlin, bestellt.

B 59 525. Zementmehlgemeinschaft Nord Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Wilmersdorf, Nikolaiburger Platz 6/7 II)

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 14. Februar 1946 bzw. 26. August 1947 ist die Gesellschaft aufgelöst. Zu Liquidatoren sind die bisherigen Geschäftsführer bestellt.

Am 29. August 1947. Abteilung 62

#### Neueintragung

B 2186/Nz. Otto Henschke Baugesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (SW 29, Schönholzerstraße 20)

Gegenstand des Unternehmens: Ausführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten aller Art sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Handelsgeschäfte.

Stammkapital: 20 000 RM  
Dem Artur Bohme, Berlin, ist Prokura erteilt. Er vertritt gemeinsam mit einem Geschäftsführer.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Januar 1947 abgeschlossen und am 18. März 1947 abgeändert.

Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Zu Geschäftsführern sind bestellt: Bauunternehmer Otto Henschke, Berlin; Kaufmann Willi Erich Frennholz, Berlin.

Die Kündigung der Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 1952 ausgeschlossen. Wird die Gesellschaft nicht mit dreimonatiger Frist gekündigt, verlängert sie sich stets um ein Jahr.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Otto Henschke das von ihm unter der Firma Otto Henschke betriebene Baugeschäft mit Ausnahme der Forderungen und Warenbestände zum angenommenen Werte von 9000 RM unter Anrechnung dieses Betrages auf seine Stammeinlage.

#### Veränderungen

B 595/Nz. Gesellschaft für Elektrotechnik und Feinmechanik mit beschränkter Haftung (Berlin-Siemensstadt)

Dr. Johannes Hoeschel ist nicht mehr Geschäftsführer.

Dr. Alfred Fischer, Kaufmann, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt.

B 1345/Nz. „Globeus Bahnen-Vertrieb“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 15, Kurfürstendamm 121/122). Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. Mai 1947 ist das Stammkapital um 21 000 RM auf 47 000 RM erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 8 (Abstammung) geändert.

B 1424/Nz. Auskunftei W. Schumpefänger - Deutsche Auskunftei (vormals R. G. Dan & Co) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin W 35, Kluckstraße 25)

Prokurist: Willy Dawatz in Hannover. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen: Karl Kraage, Kaufmann, Hamburg-Blankenese, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Die gleiche Eintragung wird für die Zweigniederlassungen, die als Firmensatz die Bezeichnung Zweigniederlassung und den Ort der Niederlassung führen, bei den Amtsgerichten Mannheim, Köln, Bielefeld, Düsseldorf, Bochum, Halle (Saale), Lübeck, Elberfeld, Essen, Berlin, Dortmund, Chemnitz, Stuttgart, Erfurt, Saarbrücken, Hannover, Frankfurt (Main), Bremen, München, Plauen, Dresden, Magdeburg, Nürnberg, Kassel, Hamburg, Augsburg, Braunschweig, Brandenburg (Havel), Duisburg, Freiburg i. Br., Frankfurt (Oder), Karlsruhe, Krefeld, Kiel, München-Gladbach, Mainz, Osnabrück, Münster i. W., Aachen erfolgen.

B 53 787. Berliner Bürgerbräu Aktiengesellschaft (Berlin-Friedrichshagen, Müggelseedamm 164-168)

Durch Anordnung des Bezirksamts Köpenick von Groß-Berlin vom 13. März 1947 ist Hans Hoffmann in Berlin-Köpenick zum Treuhänder bestellt.

B 59 425. Berolina Möbelfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Berlin-We.ensee, Heinersdorfer Straße 35/36)

Durch Anordnung des Bezirksamts Weißensee von Groß-Berlin vom 25. April 1946 ist Hans Lips, Kaufmann, Berlin zum Treuhänder bestellt.

Abteilung 64

#### Neueintragungen

B 2180/Nz. Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung Max Lipfert, Berlin (NO 55, Prenzlauer Allee 36)

Gegenstand des Unternehmens: Die Verlegung von Büchern, und Zeitschriften aller Art sowie deren Vertrieb und der Handel mit ihnen.

Stammkapital: 20 000 RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Januar 1947 abgeschlossen und am 27. Juni 1947 abgeändert. Die Gesellschaft muß mindestens zwei Geschäftsführer haben. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Max Lipfert, Berlin; Kaufmann Kar. Buchwald, Berlin. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den „Tagesspiegel“.

B 2181/Nz. Verlag für Radio-, Foto-, Kinotechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (N 65, Glasower Straße 2)

Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb und Vertrieb von Zeitschriften auf dem Gebiet der Radio-, Foto- und Kinotechnik insbesondere die Herausgabe und der Vertrieb zweier Zeitschriften „Funk und Ton“ und „Foto- und Kinotechnik“ sowie aller einschlägigen Literatur.

Stammkapital: 20 000 RM

Gesamtkurist: Dorothea Koetur geb. Wall, Berlin; Edgar Neumann, Berlin, haben Gesamtkurist. Jeder von ihnen vertritt zusammen mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Gesamtkuristen.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. Mai 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Verlagsdirektor Otto Knop, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Prof. Dr. Leibhauser das Recht zur Ausübung der ihm von der Französischen Militärregierung unter dem 14. April 1947 verliehenen Lizenz Nr. 474 für einen Verlag für Radio-, Foto- und Kinotechnik zum angenommenen Wert von 4900 RM. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Berliner Abendzeitung „Der Kurier“.

B 2182/Nz. Sauerstoff Sprenggesellschaft in Berlin-Brandenburg mit beschränkter Haftung (NW 21, Gustowstraße 45a)

Gegenstand des Unternehmens: 1. Die Durchführung von Sprengungen aller Art insbesondere auch unter Verwendung von flüssigem Sauerstoff und flüssigen Gasen. 2. Die Übernahme von Abbruch- und Aufbaumaterialien. 3. Die Übernahme von Hoch- und Tiefbauarbeiten. 4. Die Verwertung von Abbruch- und Baumaterialien.

Stammkapital: 30 000 RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Mai 1947 abgeschlossen und am 3. Juni 1947 abgeändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Der Kaufmann Wilhelm Müller, Zeuthen-Miersdorf, ist zum Geschäftsführer bestellt. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von der Gesellschafterin der Firma Sauerstoff-Sprenggesellschaft m. B. H. a. München Maschinen und Werkzeuge zum angenommenen Wert von 7000 RM unter Anrechnung auf die Stammeinlage.

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Berliner Tageszeitung „Telegraf“ die im britischen Sektor erscheint.

B 2183/Nz. Sponholz'sche Versandbuchhandlung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (SW 68, Zammerstraße 72-74)

Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb von Fach- und Geschäftsbüchern, Formularen und sonstigen einschlägigen Druckerzeugnissen sowie Bücher aller Art.

Stammkapital: 20 000 RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Oktober 1946 abgeschlossen. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Dr. Bodo Sponholz, Berlin bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

B 2184/Nz. Radio-Lippmann Elektro-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Neukölln, Karl-Marx-Straße 60)

Gegenstand des Unternehmens: Der Verkauf und Vertrieb sämtlicher Geräte und Einzelteile der Radio-Elektro-Tonmöbel-Branche die Herstellung von Reparaturen sowie der Vertrieb und Verkauf von Schallplatten.

Stammkapital: 20 000 RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juli 1947 abgeschlossen und am 21. August 1947 abgeändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer welche gleichzeitig Gesellschafter sind sind von der Vorschrift des § 181 BGB befreit. Zum Geschäftsführer ist der Elektromeister Hans Lippmann, Berlin, bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft, die nach den gesetzlichen Vorschriften zu veröffentlichen sind, erfolgen in dem hierfür amtlich bestimmten Organ.

B 2185/Nz. Verlag Ost und West Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Pankow, Westerlandstraße 15)

Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und Verwertung der Zeitschrift „Ost und West“.

Stammkapital: 20 000 RM

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Juni 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird durch

enen oder zwei Geschäftsführer vertreten. Wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten, so ist jeder für sich allein vertretungs- und zeichnungs- berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Schriftsteller Dr. Alfred Kantorowicz, Berlin, Kaufmann Michael Margaritoff, Berlin. Der Vertrag wird zunächst bis zum 30. Juni 1948 geschlossen und verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, wenn er nicht rechtzeitig, d. h. drei Monate vor Ablauf von einem Geschäftsjahr schriftlich gekündigt wird.

**Veränderung**

B. 53 964 Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft Berlin (Wilmsdorf, Fehrbelliner Platz 1)  
Die Prokuren für Alfred Brauns und Dr. Johannes Junkersdorff sind erloschen. Prokurist, Felix Gracber, Berlin. Er vertritt in Gemeinschaft mit einem ordentlichen oder stellvertretenden Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen. Gleiche Eintragung erfolgt:

a) für die unter der Firma, Theodor Althoff, Inhaber Rudolph Karstadt, Aktiengesellschaft, im Handelsregister der Amtsgerichte in Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen-Buer, Leipzig, Münster und Recklinghausen eingetragenen Zweigniederlassungen

b) für die unter gleicher Firma mit Zusatz „Zweigniederlassung“ und der jeweiligen Ortsbezeichnung eingetragenen Zweigniederlassungen im Handelsregister der Amtsgerichte in Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Hannover, Hamburg (für Zweigniederlassung Harburg), Kiel, Lübeck, Schwerin (Mecklenburg) und Wismar.

c) für die mit dem Zusatz Zweigniederlassung Hamburg, Billborner Röhrendamm Zweigniederlassung Hamburg-Baumbeck Zweigniederlassung Hamburg am Schulerplatz Zweigniederlassung Hamburg Mönckebergstr., eingetragenen Zweigniederlassungen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg.

d) für die Zweigniederlassungen unter gleicher Firma im Handelsregister der Amtsgerichte in Hamburg, Wilhelmshaven und Halle (Saale)

e) für die unter der Firma Kaufhaus Oberpollinger, Zweigniederlassung München der Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft eingetragenen Zweigniederlassung im Handelsregister des Amtsgerichts München.

**Löschung**

B. 53 779 Stammer & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (NO 18 Frankfurter Straße 44)  
Die Gesellschaft ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 (RGBl. I 914) gelöscht.

Am 30. August 1947. Abteilung 52.

**Neuertragungen**

B. 2187/Nz Beha „Das Haus der Geschenke“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (W 35 Potsdamer Straße 58)  
Gegenstand des Unternehmens: Export und Import sowie Groß- und Kleinhandel von Geschenkartikeln, Gebrauchsgegenständen des täglichen Bedarfs und Neuheiten aller Art.

Stammkapital: 50 000 RM.  
Prokurist: Hermann Schmitt, Berlin. Er vertritt gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Juli 1946 mit Abänderung vom 21. Mai 1947 und 30. Juli 1947 abgeschlossen.

Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Friedrich Pantzke, Berlin, bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Stellvertretender Geschäftsführer ist der Kaufmann Erwin Koerfgen, Berlin-Hermsdorf.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

B. 2188/Nz Berliner Vertriebs-Kontor Bartol & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin (Charlottenburg, Schulerstraße 39)

Gegenstand des Unternehmens: Großvertrieb von Zeitungen, Großvertrieb und Einzelverkauf von Zeitschriften, Büchern und Broschüren.

Stammkapital: 70 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. April 1947 mit Abänderung vom 17. Juli und 26. August 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Kauffrau Charlotte Wedel, Glienicke (Nordbahn), ist zur Geschäftsführerin bestellt.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Verordnungsblatt für Groß-Berlin.

B. 2189/Nz Esch-Transporte Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (Charlottenburg, Mommsenstraße 28)

Gegenstand des Unternehmens: Bewerkstelligung aller Transporte mit Lastkraftwagen für die unter Beteiligung des Gesellschafters William Esch in Lebaa geruteten industriellen Unternehmungen sowie sonstige Transportgeschäfte.

Stammkapital: 20 000 RM.

Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Juli 1947 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer allein vertreten. Der Kaufmann Herbert Spitz, Berlin, ist zum Geschäftsführer bestellt. Die Gesellschaft ist nach Maßgabe des § 9 des Gesellschaftsvertrages kündbar, einmündig zum 31. Dezember 1948.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die vom Handelsregister Berlin für seine Veröffentlichungen bestimmten Organe.

Amtsgericht Berlin-Mitte

### III. Bekanntmachungen der Wirtschaft

**Norddeutsche Lederwerke Aktiengesellschaft**

Einladung zur außerordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 25. Mai 1948, um 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Hessischen Bank, Frankfurt (Main) Friedrich-Ebert-Str. 24

**Tagesordnung:**

1. Vorlage des Jahresabschlusses für 1944, 1945 und 1946 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1944 bis 1946
3. Bericht über den Stand der Gesellschaft.
4. Satzungsergänzung betr. Ort der Hauptversammlung
5. Genehmigung der Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahre 1944 bis 1947.
6. Bestätigung der 1945 erfolgten Abberufung und Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates.
7. Neuwahl des Aufsichtsrates

Hinterlegungsstellen sind außer den gesetzlichen: unsere Gesellschaftskasse in Berlin W 35, Potsdamer Straße 192; Hessische Bank (früher Deutsche Bank), Frankfurt/Main; Norddeutsche Bank (früher Deutsche Bank), Hamburg; Debrück Schickler & Co., Hamburg; Rheinisch-Westfälische Bank (früher Deutsche Bank), Köln; Sal. Oppenheim Jr. & Cie., Köln. Letzter Hinterlegungs- tag ist der 2. Mai 1948. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die Hinterlegungsbcheinigung spätestens am 22. Mai 1948 bei unserer Gesellschaftskasse in Berlin od. bei unserer Niederlassung in Frankfurt (Main) Bittersdorffplatz 41 einzureichen.

Berlin, im April 1948.

Der Vorstand

Liquidations-Eröffnungsbilanz am 10. Februar 1948

der Fa. Möbelfabrik Hübner u. G. m. b. H., Berlin N 20, Kolonnenstraße 8

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
Maschinen . . . . .	612,—	Geschäftsguthaben der Ge-	
Werkzeuge . . . . .	275,—	nossen . . . . .	1 400,—
Utensilien . . . . .	20,—	Darlehen der Genossen . . .	2 382,97
Kautions . . . . .	150,—	Steuerschulden:	
Kassenbestand . . . . .	2 432,33	Körperschaftsteuer . . . . .	420,—
Warenlager . . . . .	1 500,—	Umsatzsteuer . . . . .	42,90
		Gewinnverteilungskonto . . .	743,46
	<u>4 989,33</u>		<u>4 389,33</u>

Berlin den 12. Februar 1948.

Die Liquidatoren.

Austel Scheffter

**Gläubigeraufrufe**

Der Verband für Knochenverwertung „Rohag“ GmbH. ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Berlin-Siemensstadt, Rohrdamm 20—22.  
Die Liquidatoren:  
Lange Pflügfelder

Der Norddeutsche Lloyd, Generalagentur Berlin G. m. b. H., Berlin-Friedensau, Rheinstraße 11 ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Berlin den 31. März 1948  
Norddeutscher Lloyd, Generalagentur Berlin G. m. b. H., L. L.  
Der Liquidator: Walter Roscow

Die Berlin am Mittag Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Mannenstraße 36/37 ist aufgelöst. Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dem Liquidator Eugen Richter, Berlin-Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 16, zu melden.

Der Liquidator: Eugen Richter

Die „Helbag“ Bauelemente und Betonwaren Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die früher als Eugen Hugues, Hugueser Platten und Nebenwaren Gesellschaft mit beschränkter Haftung firmierte, hat durch Beschluss der Gesellschaft vom 2. Januar 1948 das Stammkapital der Gesellschaft um 30 000 — Reichsmark herabgesetzt. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Berlin N 65 den 22. März 1948  
Westhaler Der Geschäftsführer der Helbag  
Bauelemente und Betonwaren Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Lothar Helmke

Werkmeister & Reitzdorf, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte 64 HRB 58 285. Unsere Gesellschafterversammlung hat am 9. März 1947 die Herabsetzung des Stammkapitals unserer Gesellschaft von 50 000,— RM auf 25 000,— RM einstimmig beschlossen. Die Gläubiger unserer Gesellschaft werden hiermit aufgefordert, sich bei uns zu melden.

Werkmeister & Reitzdorf, G. m. b. H., Berlin, vertreten durch den alleinigen Geschäftsführer Kaufmann Herbert Ulmer, Wilhelmshaven, Neckarstraße 14

Die Exportdienst Deutscher Automobilfabriken Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin-Charlottenburg ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dem Liquidator Herr Norbert Hecht, Stuttgart-Silberburgstraße 182, zu melden.

Stuttgart den 23. März 1948  
Exportdienst Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., i. Abw.  
Der Liquidator: Norbert Hecht

Herausgeber: Magistrat von Groß-Berlin, Berlin C 2 Neues Stodthaus. Herausgabe erfolgt nach Bedarf. Verlag: DAS NEUE BERLIN Verlagsgesellschaft m. b. H. (Lizenz-Nr. 48 der SMV) Berlin N 4 Lindenstraße 139/140. Telefon 42 53 41. Postbezugsstellen: Berlin 2857 89. Bestellungen sind nur an den Verlag zu richten. Bezugspreis: vierteljährlich 3,— RM zuzüglich Postgebühren. Einzelheft: 0,35 RM. Redaktion: Berlin C 2 Klosterstraße 64. Chiffre-Adressen: Adolf Erlenbach, Telefon: 51 03 11. App. 150. Das zur Veröffentlichung bestimmte Material ist der Redaktion einzusenden. Erscheint mit Genehmigung der Affilierten Kommandantur Berlin laut Anordnungen Nr. BK O 146/83 vom 13. April 1947 und Nr. BK O 147/17 vom 23. Januar 1947. (37) Drucker: F. u. N. 4 Lindenstraße 139/140. 5499. 12. 4. 48